

# Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Herausgeber: Fritz Haus monatlich 2,40 Mark, durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verleger: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Berdenstraße 14. Fernruf: 210 45 (Halle); 210 47 (Merseburg).

Wirt der Arbeiterbewegung  
Der Rote Stern

Abbestellungspreis: 15 Pf. für den zum Höhe und Spalte; 1 Pf. im Zeitteil. Postkonten: Reichsbank des Sachverles Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postfachnummer: Leipzig 204 71 Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft G. m. b. H. Halle. Druck: Produktiv-Verlagsdruckerei G. m. b. H. Halle, Berdenstraße 14.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Mittwoch, 17. September 1930

10. Jahrgang \* Nr. 218

## Neuer Raubzug beginnt!

Bürgerblut-Regierung will Erwerbslosenunterstützungsdauer auf 16 Wochen herabsetzen — Diktatursteuern in Halle — Sozialfaschisten helfen den Räubern — Organisiert den Gegenstoß!

(Eig. Drahtm.) Berlin, 17. September.  
In den Regierungskreisen der Wilhelmstraße werden jetzt fieberhaft die „Reformen“ ausgearbeitet, die schon am 14. Oktober dem neuen Reichstag vorgelegt werden sollen. Nach zuverlässigen Informationen enthalten diese „Reformen“ weitere radikale Verschlechterungen der Arbeitslosenversicherung. Es wird der ungeheuerliche Plan erwogen, die Unterhaltungsdauer in der Arbeitslosenversicherung von 26 Wochen auf 16 zu verkürzen. Damit soll das Defizit von 400 Millionen, das in der Arbeitslosenversicherung bis Ende dieses Jahres zu erwarten ist, auf einfache Art „eingespart“ werden.

### Wirth fordert bedingungslose Unterstützung des Bürgerbluts durch SPD.

(Eig. Drahtm.) Berlin, 17. September.  
Zur Unterzeichnung des Beschlusses des Brüning-Regierung, nicht zurückzutreten und das Programm des Finanzkapitals durchzuführen, hat der Zentrums-„Republikaner“ Wirth im Rundfunk der SPD, die Beschlüsse der Reichsbürgerversammlung, Erklärungen dazu, daß nach der letzten Konvention im Reichstag die derzeitigen Regierungsparteien in der Minderheit sind. Es fehlten an der Mehrheit 80 Stimmen, die Opposition ohne SPD verfüge über 226 Mandate. Anschließend daran führte Herr Wirth wörtlich aus:

„Es genügt also nicht eine bloße Neutralität der Sozialdemokratie, die Annahme eines Mißtrauensvotums zu verhindern. Ein Teil der Sozialdemokraten müßte mit der Regierung stimmen. Der Begriff der „Großen Koalition“ — getrennt noch lebend — hat heute seinen Inhalt verloren. Mit der Wirthschafspartei würden sie über eine knappe Mehrheit von 309 Mandaten verfügen. Je weniger über eine solche Koalition gesprochen wird, um so besser ist es.“

In seinen weiteren Ausführungen kündigte Wirth das Diktaturprogramm an und meinte: „Dann mögen sich die Kräfte der reinen Negation losheben!“

Wirth fordert also nicht mehr und nicht weniger von der SPD, als die bedingungslose Unterstützung der Brüning-Regierung, um an der Futtertruppe sitzen zu dürfen.

### Diktatursteuern in Halle mit SPD-Hilfe

Halle, 17. September.  
Wie wir schon gestern kurz mitteilen, hat der hallische Magistrat seine Entwürfe für die Einführung der Diktatursteuern ausgearbeitet. Die Biersteuer wird mit 2,50 bis 7,50 Pf. pro Hektoliter festgelegt und soll (da die Herren vom Magistrat selbst damit rechnen, daß die Arbeiter das Bier nicht mehr kaufen können und ein Konsumrückgang eintritt) einen Mehretrag von 300 000 Pf. ergeben.

Die Gemeindegetränksteuer, die alle Getränke mit Ausnahme des Bieres erfaßt, wird statt von der Brüning-Diktatur vorgeschriebenen 5 Prozent auf 10 Prozent festgelegt. Die Regesteuer beträgt für jeden, auch den Fremden, bis zu 5000 Pf. Jahreseinkommen 6 Pf. jährlich, zwischen 5000 und 25 000 Pf. Jahreseinkommen aus nur 12 Pf. zu zahlen haben. Eine Erhöhung der Befähigten wird vom Magistrat ausdrücklich abgelehnt, dagegen eine allgemeine Mietssteuerung durch Erhöhung der Grundvermögenssteuer in Erwägung gezogen.

Das geistige „Vollschloß“ deckt offen die Karten der Sozialfaschisten auf, die

in Halle so wie im Reich entschlossen sind, alle von ihnen vor der Wahl angeblich „bekämpften“ Diktaturmaßnahmen durchzuführen zu helfen.

„Durchgeführt werden müssen diese Verordnungen, dagegen hilft kein Zappeln.“ Mit diesen Worten hatte das „Vollschloß“ schon am Montag auf den neuen Bericht vorbereitet. In der geistigen Nummer wird nun ausdrücklich angegeben, daß die Sozialdemokraten bereit wären, auf ein Angebot der Bürgerlichen hin

„Die Biersteuer und die Getränkesteuer mit zu beschließen und dafür die Kopplsteuer gegen die Grundvermögenssteuer zu verzichten. Die Kommunisten und jedenfalls auch die gewiss verwandten Nazis werden alles ablehnen und die Sozialdemokraten, falls diese es vorziehen sollten, auf das Angebot der Bürgerlichen eingehen und statt 9 Pf. Regesteuer eine Mietszuschußung von etwa 5 Pf. im Jahre zu bewilligen, Werräter schimpfen.“

Daß die Kommunisten jede Befragung der wertvollen Massen ablehnen, ist klar. Wie die Nazis stimmen werden, wissen wir

nicht — sollen sie aus demagogischen Gründen „gegen“ die Magistratsvorlage sein, so wird ihnen, die in Thüringen die Regesteuer eingeführt haben, kein denkbarer Mensch glauben, daß sie es im Ernst tun. Aber wesentlich ist, daß das „Vollschloß“ bereits offen darauf vorbereitet, daß

die Sozialfaschisten Mietssteuern bewilligen und eine etwaige Zurückziehung der Regesteuer mit einer Mietssteuerung für die Proleten beantworten werden.

Die Knechte des Kapitals können nichts anderes tun. Der Profit des Kapitals ist ihnen so heilig wie irgend einer anderen Ausbeuterpartei. Also müssen die Proleten bleihen. Und für die Broden, die vom Tische der Bourgeoisie für die Sozialfaschisten abfallen, sind sie gerne bereit, die Durchführung des Steuerraubzuges zu übernehmen.

Die Kommunisten befehlens sich nicht auf Aufstimmungen gegen die Diktaturmaßnahmen —

sie haben die Arbeiter, Angestellten, Beamten, Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern zum Steuerstreik, zur Verweigerung der Diktatursteuerzahlung aufgerufen.

Wir wissen, daß

der proletarische Gegenstoß gegen die Hungeroffensive des Kapitals nicht im Parlament, sondern nur in den Betrieben und auf der Straße geführt werden kann. Und wir sind uns dessen bewußt, daß 4½ Millionen Arbeiter am Sonntag ihren Willen bekunden haben, diesen Gegenstoß zu führen.

Gegen den Unterhaltungsraub an den Erwerbslosen muß das ganze wertvolle Volk sich erheben. Im gemeinsamen Kampf mit den Betriebsarbeitern

unter dem Schutze gemeinsam mit ihren organisierter roter Betriebswehren

müssen die Erwerbslosen auf die Straßen gehen, müssen sie den Betriebsarbeitern, denen allen das Los der Erwerbslosigkeit droht, helfen,

den politischen Massenstreik zu organisieren.

Auf die Steuerzahler der Diktatur müssen alle Werktätigen mit der Verweigerung und Sabotage der Steuerzahlung, müssen die Arbeiter mit der Entpflanzung von Lohn-erhöhungen und der Verhinderung des Steuerzuges

durch Streik antworten.

Um diesen Streik vorzubereiten, müssen alle Regeschichten, insbesondere aber die der Braunkohlen-, Gemischen und keramischen Industrie, die von den letzten Oppositionskonferenzen aufgestellten Forderungen durchzuführen und

Delegierte zu einer neuen, am 28. September in Halle stattfindenden Industriegruppenkonferenz wählen, die die zur Vorbereitung und Auslösung des Streiks notwendigen Maßnahmen beraten soll.

### „Streik ist Verbrechen“ erklärt der Sozialfaschist Walter

In der letzten Betriebsratsversammlung des Leuna-Werks kam es zu scharfen Auseinandersetzungen der Oppositionsvertreter mit dem sozialfaschistischen Betriebsratsvorsitzenden Walter, gegen den die revolutionäre Opposition ein Mißtrauensvotum eingebracht hatte. Walter wurde in der Verteidigung seines Standpunktes offenerzig und erklärte, die Salbung der revolutionären Opposition und des „Klassenkampfes“ zur Bewegung der Arbeiter für ein Verbrechen, weil ein Streik doch „Verbrechen“ sei und „das Feuer der Arbeitslosen vermehren“ müßte! Die Sozialfaschisten sind also so weit, offen die Arbeiterkraft zu widerstandslos der Duldung aller Raubzüge des Kapitals aufzuopfern!

Die Tatsachen haben auch in der Antirevolutionsfrage der revolutionären Opposition recht gegeben. Nur dadurch, daß die Kampffrage gestellt und durch den „Klassenkampf“ die gesamte Arbeiterkraft auf die ungeschulte Bedeutung einer — jedes selbst teilweisen — Streikbewegung im Leuna-Werk hingewiesen wurde, wurde die Diktatur unter solchen Druck gestellt, daß sie Zugewandte machen mußte und die Antirevolutions-Dezerte erklären, daß sie vor dem Verbrechenfall bei Walter schickt. Herr Walter aber hat selbst bei seiner eigenen Genossen bereit abgemittelt, daß er in der Arbeiterratsversammlung seinen Verlaß der demagogisch erscheinende „Leuna-Proble“ ausschließlich beruht in der Widerbeziehung und nur durch offene Ablehnung eine angebliche Einstimmigkeit über das Mißtrauensvotum auszumachen konnte.

### Unser Wahlsieg und der Kampf gegen den Faschismus

Vom 3A. der KPD. wird uns geschrieben:  
Das wichtigste Ergebnis der Reichstagswahlen vom 14. September, die entscheidende Aufgabe für den ganzen weiteren Verlauf des Klassenkampfes in Deutschland, ist der Wahlsieg der kommunistischen Partei. Mehr als 4½ Millionen Wähler haben für die KPD gestimmt, mehr als 1,3 Millionen sind in den zwei Jahren seit den letzten Reichstagswahlen für die Lösungen der kommunistischen Partei neu erobert worden. Wir haben 22 neue Mandate erobert und sind zur drittgrößten Partei in Deutschland geworden.

Nach klarer zeigt sich das Ausmaß unseres Sieges, wenn man die Ergebnisse in den einzelnen Großstädten und Wahlkreisen betrachtet. Das rote Berlin hat nicht nur einen Sieg, sondern geradezu einen überwältigenden Sieg über die Sozialdemokratie, die Faschisten und alle anderen bürgerlichen Parteien errungen. Zum ersten Male seit dem Bestehen der KPD, sind wir die größte Partei in Berlin. Die Kommunisten haben in der Hauptstadt Deutschlands, am Sitz der Regierungsmacht, die Sozialdemokratie mit 1000 Stimmen überflügelt. 1928 belag die Sozialdemokratie 816 196 Stimmen in Groß-Berlin, heute nur noch 737 821. Vor 2½ Jahren erhielten wir 611 317 Stimmen, am 14. September 1930 stiegen wir auf 738 986 Stimmen. Im engeren Wahlkreis Berlin haben wir die Sozialdemokratie um 60 000 Stimmen geschlagen, die kommunistische Partei erhielt dort 33 Prozent aller Stimmen; jeder dritte Berliner Wähler ist ein kommunistischer Wähler.

Wahlsiege haben wir in mehreren anderen Gebieten Deutschlands zu verzeichnen. Ganz besonders im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in Oberhessen, in Mitteldeutschland, in Sachsen, wo wir um mehr als 33 Prozent gewachsen sind. Gleichzeitig haben wir aber auch außerhalb der wichtigsten Industriezentren einen glänzenden Vormarsch der kommunistischen Partei, in solchen ökonomisch landwirtschaftlichen Gebieten wie Frankfurt a. D., wo wir von 49 000 auf 84 000 Stimmen stiegen, in Kometen, wo wir von 54 000 auf 85 000 Stimmen stiegen, in Oberbayern, wo wir von 50 000 auf 81 000 stiegen. Besonders charakteristisch ist es daß wir überall gewonnen, und zwar außerordentlich stark gewonnen haben. Es gibt keinen Wahlkreis, wo die KPD, diesmal Stimmen verloren hätte.

Das Hauptergebnis der Wahl ist ein stürmischer, auf allen Fronten gleichzeitiger Vormarsch der kommunistischen Partei im ganz Deutschland. Das ist

eine großartige Befestigung unserer Einschätzung der politischen Situation.

Die Radikalisierung der Arbeiterkraft macht uns heftige Fortschritte. Die verarmten, ausgebluteten Massen der wertvollen Bevölkerung wenden sich der kommunistischen Partei zu. Uns kommt es nicht auf die Mandate im Parlament an, sondern auf das einzige revolutionäre Mandat, das wir anerkennen und erstreben: das Vertrauen, die Zustimmung, die glühende Sympathie von Millionen Werktätigen, die sich zu den bolschewistischen Lösungen bekennen.

Dieses Ergebnis kann durch den großen, zahlenmäßigen Erfolg der Faschisten in keiner Weise beeinträchtigt werden. In einer Situation des verzweifelten Klassenkampfes wo das deutsche Volk in den Ketten der Young-Sklaverei läßt, wo Hunger und Elend durch alle Gassen zieht, ist es unvermeidlich,

daß alle Kräfte der Gesellschaft sich mehr und mehr um zwei feindliche Lager zusammenschließen:

das Lager des Faschismus und das Lager der proletarischen Revolution. Alle „traditionellen“ bürgerlichen Parteien — mit Ausnahme des Zentrums, das keine Anhänger diesmal noch durch das kirchlich-religiöse Opium betäuben konnte — haben eine fatale, katastrophale Niederlage erlitten; einige von ihnen sind vollständig von der Weltbühne verschwunden. Die ehemaligen Wähler dieser Parteien wurden durch die Nationalsozialisten aufgefangen. Entscheidend gelang es der Hitler-Partei, über die bisherige Unabhängigkeit der bürgerlichen Parteien hinaus, neue Wähler zu erschaffen. Da Deutschland in seiner erdrückenden Mehrheit aus Werktätigen zusammengesetzt ist, entkommen selbstverständlich auch die heutigen Wähler der Faschisten in der Mehr-

jaß dem wertigen Volk. Das untercheidet die Hitler-Bewegung in einer Weise von irgendeiner beliebigen anderen bürgerlichen Partei in einem modernen Industrieland, sei es das Zentrum, die Deutschnationalen oder die Volkspartei. Gerade darin besteht ja das Wesen der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie, daß sie sich eben durch den Wert, durch die Verschönerung der arbeitenden Volksmassen aufrecht erhält.

Es bleibt die Frage zu beantworten, ob die Wählermassen der bürgerlichen Parteien durch den Übergang zu den Nationalsozialisten ihre Zufriedenheit mit dem bestehenden kapitalistischen System, ihr Einverständnis mit der Herrschaft des Finanzkapitals zum Ausdruck bringen oder nicht. Es ist vollständig klar, daß das letztere der Fall ist. Millionenwähler stimmten für die Nazis, um ihre Unterstützung über die kapitalistische Wirtschaft, ihren Fortschritt gegen die Young-Planerei zum Ausdruck zu bringen.

Die Nationalsozialisten sind die gelauften Agenten des Finanzkapitals, die besagten Hinterschneide des Young-Planes.

Ihre ganze Politik dient der Vereidigung des Kapitalismus gegen die drohende proletarische Revolution, der Durchführung des Young-Planes auf Kosten der wertigen Massen.

Die Nazis, die mit 107 Mandaten in den neuen Reichstag einzogien, müssen unermüdlich das Vertrauen ihrer 6,4 Millionen Wähler zueinander, ihre Erwartungen enttäuschen, ihre Forderungen mit Füßen treten. Darum trägt der Wahlerfolg Hitlers mit unentrinnbarer Sicherheit den Keim zu einer künftigen Niederlage in sich. Der 14. September war der Höhepunkt der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland. Was nachher kommt, kann nur Niedergang und Abstieg sein.

Der Faschismus ist die letzte Karte der deutschen Bourgeoisie, die sie gegen die drohende Revolution der Arbeiterklasse auspielt. Diese Karte ist aber zugleich die unglücklichste. Der Faschismus, dessen ganze Mission die gewaltsame Verhinderung des proletarischen Umsturzes, die besessene Verteidigung der Kapitalistenklasse ist, bildet im heutigen Deutschland das lebendige Symptom für die Auflösung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung.

Das ist der objektive geschichtliche Widerspruch, der den kommenden Bankrott des deutschen Faschismus besiegelt.

Die Kommunistische Partei ist mit keinem derartigen Widerspruch behaftet. Wir haben in diesem Wahlkampf kein „bitteres Reich“ versprochen, sondern

die Massen zum Kampf für ihre eigenen Interessen, für den Sturz des Kapitalismus, zum Sturm für Sowjet-Deutschland aufgerufen.

Gewaltige Massen der Arbeiterklasse haben sich zu unserer Fahne bekannt. Wir können die Millionen, die zu uns gekommen sind — im Gegensatz zu den Nazis — nicht nur halten, sondern wir müssen und werden weitere Millionen dazu erobern.

Der Sieg der Kommunisten zeigt nicht nur an dem unmittelbaren Vormarsch der KPD, der an unseren eigenen Wahlschiffen ablesen ist. Unser Sieg wird auf indirekte Weise auch durch die Niederlage der Sozialdemokratie bestätigt. Die SPD hat am 14. September einen Schlag erlitten, von dem sie sich niemals mehr erholen wird. Sie hat nicht nur 600 000 Wähler verloren, nicht nur ihre Mehrheit in Berlin, in einer Reihe ausschlaggebender Industriezentren des Ruhrgebietes und Rheinlandes eingebüßt, viel wichtiger ist, daß das gesamte Wahlergebnis in einem mächtigen Einbruch der kommunistischen Partei mitten in die Reihen der bisherigen sozialdemokratischen Arbeiterklasse signalisiert.

Die Sozialdemokratie, die vor zwei Jahren einen beträchtlichen Erfolg erlangt, ist diesmal mit fast genau der gleichen Regelmäßigkeit in allen Wahlkreisen aufs Ganze geschlagen worden, in denen unsere Partei vormarschiert ist. Diese schwere enttäuschende Niederlage der Sozialdemokratie ist für jeden revolutionären Arbeiter das Schönste, das Erfreulichste am Wahlergebnis. Die Partei der Mörder von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die Partei der berüchtigten Henter am deutschen Proletariat, die Partei des imperialistischen Verrats an den Interessen der deutschen Arbeiterklasse ist geschlagen worden. Die Partei Brügelbels und Severings, die Partei der Koalitionspolitik, des Republikfluchtgesetzes, des Young-Planes und der verdröhnenden Schlichtungspraxis wird von ihren eigenen Wählern verlassen.

Diese Katastrophe ist von größter Bedeutung für die Zukunft der internationalen Arbeiterbewegung. Der kommunistische Wahlsieg in roten Berlin und in ganz Deutschland bedeutet den Anfang eines großen Umsturzes, eines inneren Sturzes des gesamten Proletariats. Wir erwarten den Ausgang vom Standpunkt der wichtigsten, der entscheidenden Aufgabe, die den Kommunisten für die gegenwärtige Periode durch die Beschlüsse der Komintern gestellt ist:

Die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse.

In der Erfüllung dieser Hauptaufgabe der proletarischen Revolution in Deutschland haben wir einen großen Schritt vorwärts gemacht.

Was werden die Folgen der Septembervahlen sein? Die bürgerlichen Parteiführer zerbrechen sich den Kopf über die neue Regierungssituation. Es ist nicht unsere Aufgabe, Prophezeiungen über die Rabenzeitung der Bourgeoisie zu machen. Die gegenwärtige Regierung Wirthling hat ihre bisherige schwache Basis im Parlament vollständig verloren. Die Bourgeoisie orientiert sich auf zwei Möglichkeiten: sofort eine Regierung mit der Nationalsozialisten zu bilden oder noch einen gewissen Übergangszustand durch eine vorübergehende Koalition mit der Sozialdemokratie zu schaffen. Die Bourgeoisie weiß, daß die Sozialdemokratie bereit ist, alles zu schinden, jeden reaktionären Gewaltstreik, jede Hungermaßnahme, jede blutige Schandtat gegen das Proletariat freudig durchzuführen. Die SPD wird aber auch bereit sein, eine nationalsozialistische Regierung zu schinden, selbst wenn man ihr keine Ministerstellen zugestehen. Die deutschen Sozialisten, die jetzt in hundertfacher Weise um die Wiedererlangung in das Kabinett der Brügelbelschen Koalitionen bemüht sind, werden nur einer Regierung Hitler genau so auf den Knien liegen, wie ihre überreichen, ungarischen oder finnischen „Bruderparteien“ vor den dortigen faschistischen Diktaturregierungen. Gleichgültig, welchen der beiden Wege oder welchen der demagogischen Ueberwege die deutsche Bourgeoisie wählt: der Kurs geht auf die vollständige Faschisierung der bürgerlichen Staatsmacht, auf die Errichtung der offenen faschistischen Diktatur in Deutschland.

Hiergegen gibt es die ganze Kraft, die ganze konzentrierte Macht der deutschen Arbeiterklasse in die Waagschale zu werfen. Der Wahlsieg unserer Partei zeigt, welchen riesigen Einfluß die KPD auf die Millionenmassen in den Betrieben und Stempelfabriken besitzt. Der zunierte Mittelstand hängt an uns, unsere Seite überzugehen. Die Not und das Elend treiben alle Werktätigen zum Kampf. Die unterste Schicht der Gesellschaft setzt sich in

Bewegung, um das Regime der Kapitalisten zu stürzen. Das ist der Sinn der Wahl vom 14. September.

Unser Sieg, errungen durch die unermüdete Arbeit jedes einzelnen Kommunisten in Deutschland, durch die glänzende, aufopfernde Initiative von Jahntausenden toter Wahlhelfer, durch die revolutionäre Mitarbeit der toten Frontkämpfer, der toten Sportler und aller revolutionären Massenorganisationen ruft bei jedem Massenbewegten Arbeiter berechtigten Stolz und echte Freude hervor. Trotzdem sind wir als Volksgenossen verpfichtet, nüchtern und faktisch die Mängel aufzudecken, die noch in unserer Arbeit vorhanden sind. Wir kennen keine Selbstzufriedenheit, keinen Siegesrausch, die das schwächende Kleinbürgertum auszeichnen.

Wir sehen die ganze Größe der faschistischen Gefahr. Wir sehen aber auch die emporspringenden antifaschistischen Kräfte des deutschen Proletariats, deren mächtigste führende unsere eigene Partei ist. Der deutsche Faschismus, der blutdürstig keine Hand nach der Staatsmacht ausstreckt, hat — so wie es bei allen historischen Wendepunkten das Schicksal der deutschen Bourgeoisie war — das Unglück, daß er ein paar Jahre zu spät kommt. In anderen Ländern entkamen die faschistischen Diktaturen nach der Niederlage der Revolution in der „Führungszeit“ der kapitalistischen Stabilisierung. Die deutschen Nationalsozialisten schreiten in einer Situation zur Macht,

wo die Weltrevolution unter den Stößen der Wirtschaftskrisis und die kapitalistische Stabilisierung zusammenstößt.

Das große Erwachen der Arbeitermassen in Deutschland hat sich

am 14. September mit unübersehbarer Deutlichkeit gezeigt. Die Liquidierung des Sozialfaschismus, die Zerschlagung der enttäuschten Anfangsmassen des Faschismus von ihren verräterischen Führern, ist die Aufgabe der Zukunft. Der Kampf und nur der Kampf entscheidet, wer das Erbe der verfallenen Weimarer Demokratie als Erbe antritt:

### Sowjet-Deutschland oder der Faschismus.

Wenn unsere Partei alle ihre Kräfte anspannt, wenn wir aus der Millionenmasse unserer Wähler Jahntausende neuer Mitglieder werben, wenn wir die bevorstehenden Wirtschaftskämpfe der Arbeiterklasse mit Aufbietung aller Kräfte erfolgreich durchführen, wenn wir politische Massenstreiks gegen die Arbeitermörder organisieren, wenn wir in ganz Deutschland eine Armee von toten Betriebswehren unter die Fahnen rufen, wenn wir eine bolschewistische Einheitsfrontpolitik gegenüber den sozialdemokratischen und christlichen Arbeitern anwenden, — dann werden wir die Sieger sein.

Die Nationalsozialisten jagen Wind und ernten Sturm. Wir Kommunisten haben während des letzten Wahlkampfes die ganze Schärfe der Waffe erprobt, die wir im Programm der nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes eingeschrieben haben. Wir müssen weiter vorrücken! Wir werden zusehen! Unsere kommunistische Partei Deutschlands, geführt auf Millionen Werktätiger, wird zum entscheidenden Hebel der Entwicklung in einer weltumwälzenden Zeit.

# Appell

## an die Mitglieder der KPD, die roten Wahlhelfer und die Sympathisierenden Genossen!

Eure intensive Agitationsarbeit war eine entscheidende Voraussetzung des Wahlerfolges. Eine Massenpartei kann nur durch Massenarbeit siegen. Eine Partei, die mit der Mehrheit der Arbeiterklasse den Sozialismus erobern will, braucht ein Massenaufgebot von Kämpfern und Funktionären.

### Genossen, Wahlhelfer, Sympathisierende!

Ihr habt im Befreiungskampf des Proletariats als entschlossene Mitkämpfer eine Etappe erfolgreich durchschritten. Ihr seid die Träger der roten Welle, die das Entsetzen der brennenden Bourgeoisie hervorruft. Ihr habt durch die Aufstellung der Massen im Bezirk der Partei Jahntausende von neuen Wählern zugeführt. Ihr habt viele Tausende wachgerüttelt, die zum ersten Male politische Stellung nahmen, die zum ersten Male dem Kommunismus ihre Stimme gaben.

Ihr Sympathisierenden, „Klassenkampf“-Leser, Angehörige von Arbeiterorganisationen, die Ihr unter kommunistischer Führung mit in den politischen Kampf eingegriffen habt,

Ihr dürft nicht wieder in Schwäche und Passivität zurückfallen.

Unaktivität bedeutet, die Bewegung verfallen lassen. Stillstand würde auch hier Rückschritt bedeuten. Ihr indem wir konsequent Schritt für Schritt vorangehen, so indem wir marschieren, können wir Erfolge erringen und siegen. Also, sympathisierende Arbeiter, geht Schritt für Schritt vorwärts. Eurer politischen Stellungnahme durch die Wahlarbeit muß der nächste Schritt folgen, der Schritt zur Partei. Ihr habt Partei genommen für den Kommunismus gegen den Kapitalismus. Ihr habt Partei genommen für die KPD. Nur ein kleiner Schritt ist noch übrig: eintreten, Mitglied werden, aktiver Parteigenosse sein!

### Note Wahlhelfer!

Euch gilt der Ruf: Herein in die Partei, die Partei der Mitleid, die Ihr verteidigt und verteidigen habt. Wahlhelfer für Mitleid, das ist mehr als Stimmzettel-Bekanntnis, das war ein Schritt zur Einteilung in die rote Front. Jeder rote Wahlhelfer muß von sich aus den weiteren Schritt tun. Die Arbeit, die er als roter Wahlhelfer begonnen hat, ist nicht zu Ende. Der politische Kampf, wie er im Wahlkampf von Euch begonnen wurde, muß ständig geführt werden. Der augenverleibende, aufgeblichste Erfolg der Nazis zwingt zu gelegentlichen Anstrengungen. Der Kampf gegen den Faschismus muß verbreitert und verläuft werden. Note Wahlhelfer seid Ihr noch verbunden, um dem Kommunismus zu helfen und den Faschismus zu schlagen. Die KPD ruft Euch, diesen politischen

Kampf bis zum Siege fortzusetzen. Die Partei ruft Euch, jetzt als rote Wahlhelfer den Schritt zu tun,

der Partei beizutreten, die den Sieg des Kommunismus mit Hilfe der Massen organisieren wird. Deshalb alle roten Wahlhelfer — herein in die Partei!

### Genossen und Genossinnen!

Der gewaltige Wahlerfolg der KPD, in ganz Deutschland hat das Ansehen der KPD als Massenpartei ungeheuer gestärkt.

Nicht den Vormarsch keine Stunde ins Stokken geraten.

Weiterkämpfen, vorstößen, nachstoßen, das ist jetzt eure Aufgabe. Nachstoßen hauptsächlich für Partei und Presse, heraus holen an Mitgliedern und Lesern, was nur möglich ist. Die Gemüter sind aufgeregelt, die Kampfmunition ist da. Jetzt müßt Ihr die Reihen stärken, jetzt müßt Ihr werden für die eigene Front, jetzt müßt Ihr agieren, müßt massenhaft, Mann für Mann,

die besten Proleten in die Partei hereinbringen.

Werd in den Betrieben, werdt bei den Arbeiterinnen und Jungarbeiterinnen. Werd bei den Landarbeitern! Sie alle wollen mit uns gehen, sie wollen zu uns kommen in die Partei! Aber Ihr müßt sie ansprechen, Ihr müßt sie auffordern, Ihr müßt sie Herber täglich beweisen, was für Euch und was für den neu zu werdenden Genossen die Partei wert ist.

### Genossen!

Es gibt für uns kein „Ausrufen auf den Vorbeeren“, so lange nicht die Weltrevolution geseht hat, solange nicht der Sozialismus verwirklicht ist. Ihr seid die Träger dieses politischen Kampfes, Ihr müßt die Arbeiter für eure eigene Sache, für eure Partei sein! Hunderte, ja Tausende stehen vor den Toren der Partei, sind mit den Herzen schon bei uns! Rufft Euch auf, tretet heran an die zu erhaltene Wappsprache, zur Arbeit für die Partei! Rufen, für die revolutionäre Partei, für die KPD!

Vormwärts, veräumt keine Stunde, nicht den Sieg, der Erfolg ist sicher!

Halle, den 15. September 1930.

Engere Bezirksleitung der KPD, Halle-Merseburg.

Bestelle ab ..... zum monatlichen Bezugspreise von 2,40 Mk. den

## Klassenkampf

Ort: .....

Name: .....

Straße: .....

## Die Massen können zur KPD.

(Eig. Drahtm.) Berlin, 17. September

Die KPD lebt in Berlin in die Mobilisierung der Massen fort. Im roten Dörfen fand gestern im riesigen „Saalbau“ Friedrichshagen eine öffentliche überflutete Massenversammlung statt, in der Genosse Remmele und Heinz Kramann sprachen. In wenigen Minuten war der riesige Saal vollkommen besetzt. Die Massen, die wegen Ueberfüllung keinen Einlass mehr bekamen, füllten die Gänge und Plätze im Friedrichshagen und demonstrieren, nachdem die Polizei den Friedrichshagen räumte, zum Landsberger Platz, wo der Genosse Reom sprach.

127 Werttätige traten der KPD bei.

## Schreibt gute Berichte!

## Nazimörder unterhalten Sprengstofflager

unter Duldung sozialfaschistischer Polizeipräsidenten (Eig. Drahtm.) Köln, 17. September

Erst jetzt wird bekannt, daß in der Wohnung des verhafteten SA-Führers der Nazis, Paul Konrad, des Mörders des Genossen Klaffen, ein großes Sprengstofflager aufgefunden wurde. Es handelt sich um mehrere Unionskisten, die gerichtet hätten, ganze Städte in die Luft zu sprengen. Dieser Sprengstoff wird nur in geringen Mengen hergestellt. Alle Kisten sind mit laufenden Nummern versehen, weshalb es ein Leichtes sein müßte, den Lieferanten des Sprengstoffs festzustellen. Die Polizei erklärt aber, die Herkunft des Sprengstoffs ist unbekannt!

Es wird weiter mitgeteilt, daß die Polizei den Nazis Gelegenheit gab, den größten Teil des Sprengstoffes vor der Ausladung wegzubringen. Polizeipräsident in Köln ist der Sozialdemokrat Baufnecht.

# Das Weltecho unseres gewaltigen Wahlsieges

## „Ein Wendepunkt von internationaler Tragweite“

Auslandstimmen zum Wahlausgang

Das Ergebnis der deutschen Wahlen hat die Imperialistenpresse des Auslandes in größte Bestürzung versetzt. Der gewaltige Wahlsieg der Kommunisten wird mit Recht als Symptome eines bedeutsamen Umschwungs in Deutschland betrachtet, der internationale Auswirkungen haben wird.

Uebereinstimmend wird der Ausgang der Wahlen auf die schwere Krise des kapitalistischen Deutschlands, auf das Masseneben und die allgemeine Unzufriedenheit mit der Politik der Regierung zurückgeführt. „Wahlen der Verzweiflung“ meint die Wiener „Neue Freie Presse“. Nicht zuletzt betrachtet man in der imperialistischen Auslandspresse das Ergebnis der Wahlen als einen eindeutigen Protest breiter Volksmassen in Deutschland gegen den Young-Plan und den Versailles Vertrag.

Im Zusammenhang damit wird herorgehoben, daß die deutsche Außenpolitik von dem Wahlsieg der Nationalsozialisten nicht unberührt bleiben werde. Die französische Presse schreibt bereits über Kennedys und fordert eine aggressive Außenpolitik Frankreichs. Eine ähnliche Erhellung der internationalen Beziehungen im kapitalistischen Europa wird vorausgesehen.

Vor allem aber fürchtet die ausländische Imperialistenpresse die innerpolitischen Auswirkungen des kommunistischen Wahlsieges in den übrigen kapitalistischen Ländern. Die politische Presse insbesondere fürchtet, daß der Wahlsieg der deutschen Kommunisten der kommunistischen Bewegung in Polen im gegenwärtigen Wahlkampf einen starken Antrieb geben werde.

### Ein „politischer Wendepunkt“

Der französischen Imperialistenpresse hat sich eine große Erregung bemächtigt. Sie bespricht den 14. September als einen „historischen Sonntag“. Der „Temps“ für die europäische Politik „ist ein Wendepunkt“ in Deutschland. Eine Periode der deutschen Politik sei abgeschlossen, und eine neue Periode beginne. Europa gehe ernten Prüfungen entgegen. Der „Frankfurter“ prophezeit das Ende der deutsch-französischen Annäherungspolitik. „Journal des Débats“ und andere Blätter fordern eine Neuorientierung der französischen Außenpolitik gegenüber Deutschland. „Petit Parisien“ stellt eine Erhebung der Atmosphäre für die internationalen Beziehungen Deutschlands fest. „L'Echo“ fürchtet schlimme Folgen für den europäischen Frieden. Das Blatt ist der Auffassung, daß die durch die Wahlen geschaffene Atmosphäre erste Auswirkungen auf die außenpolitische Lage Deutschlands haben werde.

### „Auenpolitik — Anarchie“

„Journal“ äußert sich mit unbeherrschter Angst über die nächsten Perspektiven der Entwicklung in Deutschland. Nach einem Hinweis, daß das Ergebnis des 14. September 1930 die schlimmsten Befürchtungen übertrifft, fragt das Blatt: „Welchen Weg wird Deutschland einschlagen? Was wird der Winter bringen, wenn die Zahl der Arbeitslosen auf vier Millionen steigen wird? Wird man die letzten Hilfsmittel aufbrauchen, die die Unterwerfung der Demokratie durch Gewalt, Autokratie, Wirtschaftskrise, Reichsstaatsauflösung, Krise des Regimes, Gewaltsturz, Anarchie — alles das ist Geheimnis der Zukunft.“

### „Gefahren für Europa“

Die englische Presse führt das Ergebnis der Wahlen auf den Umsturz der Weisheit über die politische und wirtschaftliche Not Deutschlands zurück. („Times“). Die

„Morning Post“ erblickt in dem Ausgang der Wahlen eine schwere Gefährdung der Stabilität des kapitalistischen Systems in Deutschland. „Daily Herald“ jammer über den Wahlsieg der Kommunisten. Der Ausgang der Wahlen schaffe eine Lage, die voll von Gefahren für Deutschland und für Europa sei.

### „Wahlen der Verzweiflung“

Das „Neue Wiener Tageblatt“ macht den Versailles Vertrag und den Young-Plan für das „katastrophale“ Ergebnis der deutschen Wahlen verantwortlich. Die „Neue Freie Presse“ spricht von Wahlen der Verzweiflung. Die Heimwehblätter sprechen die Hoffnung aus, daß die Reichsparteien und die Nationalsozialisten auf Grund eines Kompromißprogramms gemeinsam eine Diktatur aufrichten.

### „Die Leiden des Proletariats...“

Das „Journal de Genève“ bespricht den Ausgang der Wahlen als „beunruhigend“. Es führt den Wahlsieg der Kommunisten und die gewaltige Stimmenzunahme der Nationalsozialisten auf die „schweren Krämpfe der Industrie und

Landwirtschaft, die Leiden des kädtischen Proletariats und die allgemeine Unzufriedenheit“ zurück.

### Die Pilsenerpresse in Sorben

Die politische Regierungs- und Presse ist über den Ausgang der Wahlen in Deutschland sehr beunruhigt. Der gewaltige Stimmenzuwachs der Nationalsozialisten wird von den politischen Regierungs- und Presseparteien im Wahlkampf propagandistisch ausgenutzt durch eine verstärkte chauvinistische, deutschfeindliche Kampagne. Große Entrüstung weckt der Wahlsieg der Kommunisten, der, wie man befürchtet, die politischen Kommunisten zur Verdoppelung ihres Eifers anfeuern und auf alle unzulässigen Schichten in Lage und als Massenprotest gegen den Young-Plan gewertet.

### „Reaktion und Revolution rücken an die Front“

Die dänische Presse verliert eine nüchterne Beurteilung der deutschen Wahlen. „Politiken“ schreibt: „Reaktion und Revolution rücken an die Front“. Das Ergebnis der Wahlen wird als Folge der katastrophalen Wirtschaftslage und als Massenprotest gegen den Young-Plan gewertet.

### Der Wiederhall in Genf

Genf, 15. September. Der außerordentliche Vorkampf der Kommunisten hat alle Delegationen zur Völkervereinigung in überaus große Bestürzung versetzt. Besonders beunruhigend wirkte der katastrophale Wahlsieg der Regierungsparteien, die in Genf vertreten sind.

In der Nacht von gestern auf heute verdrängte sich das Gericht, Curtius wurde sofort nach Berlin zurückgeführt; diese Nacht wurde jedoch demontiert.

Nach schätzungen Disruptionen, in denen die internationale Krise immer wieder zur Sprache kam und die Ohnmacht des Proletariats sich zum Kommunismus als einziger Lösung boten und daß die kommunistische Partei die britische Partei im deutschen Parlament geworden ist, in Genf niederschmetternd gemittelt.

Die meisten europäischen Delegationen, vor allem die Delegationen Frankreichs und Polens, verheimlichen nicht ihren Wunsch, möglichst schnell abzureisen, um in ihre Heimatländer zurückzukehren.

### Indische Massenmorden

Bombay, 15. September. Blutige Unruhen haben sich in dem Orte Gulaothi in den benachbarten Provinzen ereignet. Eine große Menge wurde die dortige Polizeiwache. Drei Aufständische wurden getötet und vier schwer verletzt. Auf Seiten der Polizei wurde ein Beamter getötet, viele schwer und leicht verletzt.

Auch in der Nordwestprovinz liefen die Aufständischen den britischen Truppen harten Widerstand.

### Unterstützen den ungarischen Freiheitkampf

Wien, 16. September. Aus Budapest wird gemeldet: Nach dem 1. September setzte in Budapest eine große Terrorwelle ein; in den Arbeiterbezirken erschienen Polizeigendarmen, und in den Betrieben demagogischen Sozialfaschisten die Arbeiter, die ihrer Lösung, am 1. September nur einen ruhigen Demonstrationstagesgang zu veranstalten, nicht Folge leisteten. Besonders richteten sich die Angriffe der faschistischen Diktatur gegen die Rote Hilfe, die die Lösung: „Einem Stundenlohn für die Unterdrückung der Opfer“ ausgeben hat. Es finden Massen-

verhaftungen von Funktionären wegen dieser Unterstützungsgeldern der Rote Hilfe statt.

Die MS. Ungarns appelliert an die aktive Unterstützung des internationalen Proletariats, um ihre Aufgabe der Hilfe für die Opfer des 1. September erfüllen zu können.

### Bauarbeiterkampf in Spanien

Madrid, 16. September. In Barcelona und in Granada ist ein neuer Generalstreik der Bauarbeiter ausgebrochen. In beiden Orten ist es bereits zu schweren Zusammenstößen sowohl mit der Polizei wie mit Streikbrechern gekommen. Hunderte von Bauarbeitern wurden verhaftet.

Lissabon, 16. September. Unter den hiesigen Wählern ist der Streik ausgebrochen. Mehrere Personen wurden verhaftet.

### 12 Jahre Zuchthaus

Neapel, 16. September. Paul Baumann, der Hauptangeklagte in dem großen Arbeiterprotest der einseitigen Reaktion gegen die revolutionären Arbeiter wurde vom Kriegsgericht in Neapel zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt. Dasselbe Strafmaß erhielt der Mitangeklagte Tarim. Sechs weitere Angeklagte erhielten Zuchthausstrafen zwischen vier und acht Jahren.

In diesem Prozeß sollte durchaus die Erziehung des Revolver Garnisonkommandanten General Uri den Kommunisten in die Schuhe geschoben werden. Der Staatsanwalt forderte den Kopf des Genossen Baumann. Doch die ganze aufwärts laufende Anklage stützte vor dem Klaffergestirn zusammen, so daß die einseitige Bourgeoisie es nicht mag, Todesurteile zu fällen. Mit dem kürzesten Zuchthausurteil soll die einseitige Arbeiterklasse ihrer Führer im Kampf gegen Reaktion und Intervention beraubt werden. Ein Massenproteststurm muß einziehen.

### Massenverhaftungen in Buenos Aires

Buenos Aires, 16. September. Die Regierung des hiesigen Urbursi nahm unter den revolutionären Arbeitern von Buenos Aires Massenverhaftungen vor. In der Hauptstadt wurden trotz dieses Terror weit über Tausende von kommunistischen Flugblätter verbreitet.

## Baumwollpinnerei

Von Paul Peters, Chicago

### Fortsetzung

Durch die Hitze läuft ein Wasserrohr mit einem Hahn zwischen sie zwei Häusern. In deren Innern ist kein Berup, keine Tapete, kein Anstrich, kein Gas, keine Elektrizität, kein Bad und keine Wasserheizung; keine Fenster und nur wenige, ein einziger Kamin, mit großen Klammern im oberen Teil der Wand angebracht, um Steine zu sparen. Gibt es noch einen dritten Raum im Obergeschloß, so hat er überhaupt kein Fenster und das Dach drückt auf seinen Kopf. Dies ist Heimat, das ist Leben, das ist die Fabrik. Die Fabrik ist anders. Ihre Wände sind weiß gemalt. Um ihre Säulen grüht ein Grotzstein. Ein hartes Gießengerüst betont ihre hochmütige Distanz. Ihre soliden Steinmauern strecken sich in die Höhe und Breite und beschränken die Stadt, wie Kathedrale oder Festung im Mittelalter die Hüften Europas beschränkten. Die Fabrik ist Gesetz, die Fabrik ist Gott, die Fabrik ist letzte Verurteilung.

Von den Kampagnebaracken, wo du schliffst und ist und zeugst, zur Spinnerlei, wo du zehn Stunden des Tages (eif bei Nachtlicht) arbeitest, und zu den Kompagnieläden, wo du dein Geld für elende Kleidung und minderwertige Kleidung wieder hinauswirst; das ist das freie Leben im neuen Süden. Ein Kornschmied am Samstagabend (von einem Eis- oder Zweis-Dollar-Lochhaken) oder ein schlechter Film in einem heruntergekommenen Saal in der Main-Street bedeuten etwas. Alles das kommt natürlich nur für die Gesellschaft in Betracht, wenn die Fabrik die Segnungen des freien amerikanischen Lebens über dich ausgießt. In freien Zeiten lebst du auf Kredit vom Kompagnieladen. Wenn dir das nicht genügt — nun wohl, es steht dir frei zu gehen oder nicht. — Das heißt, wenn du deine Schulden bezahlt hast. Ja, und von dieser Sorte gibt es hunderte Fabriksklöße in diesem Gebiet.

Meine Stadt war größer als die meisten, sie war die Hauptstadt in ihrem Bezirk. Ihre Main-Street hatte Boulevardcharakter, feuerfeste Steinhäuser, eine ihrer prunkvollen amerikanischen Sotschallen mit imposanter Baumkronen; Warenhäuser mit Reihen von Schaufenstern, Juwelierläden; Restaurants, in denen

die Menschen zu essen saßen, nicht weil sie hungrig waren (konnten die wohl jemals hungrig sein?), sondern weil sie das Geld hatten, um es auffällig auszugeben. Sag man jedoch in eine Seitenstraße ein, so war man wieder im Süden der Baumwollpinnerei. Straßen, bebaut mit Papier, verputzte Baracken, Herbergen, die nach ranzigem Fett stanken, schmucklose Fenster, trübe Beleuchtung, Armut — Armut, welche alle Lebenskraft, alle Farbe und alles Licht aufnahm wie ein Kanak die Abwässer, die Stadt schmerz, Main-Street oder ist eine Perle unter an einer schmucklosen, alten, zahnlosen, eisernen Lampe, der das Haar mir ins Gesicht hängt.

Es war ein Zerfalls, mit lohnen Scherben und hängenden Schultern am Abend durch diese Straßen zu gehen. Was tat ich mit meinen schweren Schuhen und großen Kleidern in der Main-Street? Gehörte das nicht zu den alten Tagen, da ein Mann den Trost der Höhe genoss, die eifrigst in der Fabrik an den Wänden, die es in meinen Händen und ich mir selbst dieser Getrennter Juste es in meinen Händen und ich mir selbst gleich, daß solche Getrennter die Eigenschaften besitzen, in der Atmosphäre gewaltiger Tomaten oder fetter Restaurants zu vergehen. Nun gehörte ich in die Seitenstraßen, in die Vorstädte. Ich gehörte zu den Magern, welche beim Gehen den Bauch herausstießen und die Glieder nachschleppen.

Sier war ein Geschlecht von Bergbewohnern, hilflos und schlammig; Gitarre Mitternachts riefen sie sich an den Hausdächern, plärten ein Weibchen oder erzählten in ihrem nadelnen Singelang, verkaufen faulende Tomaten oder magke Kefel auf dem Markt; verkaufen auf Zeitungen in den Bedienten und främmen sich in Eitelkeit um einen Freiger in jeder Ecke. „A — amen, Bruder, a — amen, D. Jesus, rette mich! Jesus, rette mich!“

111

Ich verdrachte meine Tage wie sie, schwimmend fürs Brot. Ich sah mit ihnen, in einem Wäuerspall hockend, was es nicht ist? Ich sah ihnen unappetitlichen Pulstern, den gleichen schwabbligen Speck; Schwämme und geteilt mit ihnen und lachte wie sie, um den letzten Schilling zu vergeffen, der in einem klauen Punkt aus den Geldträgern aufstieg. Ich sah gegen ihre Frauen an den Ecken, was es nicht ist? Hässliche Frauen, die sich mit langsam, unglücklichen Hüften und dreifach Absätzen in den Augen

vorbeiwagten. Und dann, einmal unter Tausenden kam das Strahlen jener herben, strengen Gesichtszüge, das Einzelne Gesicht, das traurigste und schönste Gesicht in der Welt.

Moskitos tanzten über mein Gesicht im Bett. Vom Hinterhaufe her kam ein plötzliches Rauschen einer Trommel, klirperte ein Klavier. Dann schrie ich in Hysterie eine religiöse Befehlsparole. Eine Frau sagte in den höchsten Tönen der Reue. Ein Mann belächelte mit gitternd auf- und abgehender Stimme. Dann beteten alle in mir, hinstanden in die Hände und freilich: „Heilig! Heilig! Heilig!“ In welcher Qual sie beteten. Sie gebärdeten sich gleich verwundeten Tieren, die in die Dunkelheit krühen und sich gegen einen unsichtbaren Käfig werten. Es gehören wohl starke Menschen dazu, um sich so in Gram und Verzweiflung zu betonen, und nur solche verführten Herzen, die furchtbar angeklagen, die nicht den Mut zu einer einzigen, einfachen, ehrlichen Nahrung haben, können darüber lachen.

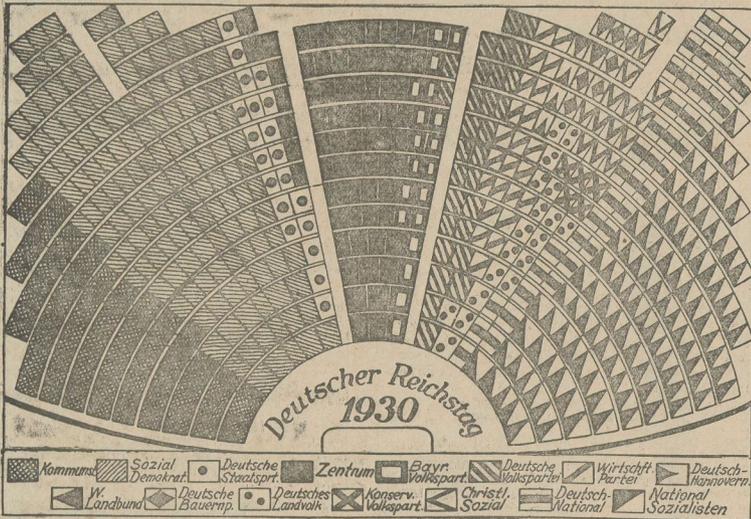
Andere Menschen kamen in meinen Gesichtsfeld auf der Arbeit. Es kam der Tag, da Cully, lachend wie ein Schuljunge und Wasser lispelnd im Antlitzraum verkniffte, daß er mögen die Klauen zum Jahrmarkt mitnehmen. Der Nachtmann vertrat Cully. Er war nur halb so groß wie Cully und nur halb so stark; doch schwach, mit klaren, grauen Augen. Doch was ein Vergnügen war es, mit ihm zu arbeiten! Noch nie sah ich einen Mann mit solch feinen Händen, noch einen, der mit solch gelassenem und geräuschlosem Tempo arbeitete. Kopf an Kopf auf den Leitern hingen wie die Rechte auf. Wir redeten fast gar nicht, aber begriff den andern mit einem Blick. Manchmal lächeln es, als könne ich seine Gedanken lesen, so einfach war sein Sinn, so kristallklar. Ruckten wir für einen Augenblick und wälzten uns den Schnee aus den Augen, dann sah er auf mich mit einem stillen Lächeln der Freundlichkeit. Der Tag verging im Nu. Wir vollbrachten die doppelte Arbeit mit einem Viertel an Energie. Diesen Abend ging ich pfiehdend nach Hause.

Sie war angewiesen, uns zu helfen. Sie war ein halber Dlot, er konnte weder lesen noch schreiben. Bei der Farm, auf der er geboren war, hatte er sich nie weiter als auf fünfzig Meilen entfernt. Sein Gesicht war wie mit einem stumpfen Messer aus rotem Ton getrat.

(Fortsetzung folgt.)

# Rund um den Erdball

Hier wird das Schicksal der Arbeiterschaft nicht entschieden



Wieder Folterungen in amerikanischen Gefängnishöhlen

## Im „Schwitzkasten“ getötet

Bevölkerung von Alabama in heller Empörung

New York, 16. September. (Note-Hilfe-Bericht.) In einem der Gefängniskeller des amerikanischen Staates Alabama ist wieder ein Gefangener in niederträchtiger Weise zu Tode gemartert worden. Die Grausamkeiten und Qualereien, die in dieser Justizhausküche zur Anwendung kommen, waren im ganzen Staat seit langem bekannt. Doch bedurfte es erst des entsetzlichen Todes des 38-jährigen Gefangenen J. Marshall, um die Bevölkerung gegen diese Foltermethoden mobil zu machen.

Der wegen eines geringfügigen Betruges gefangen gehaltene Marshall wurde vor einigen Tagen in den sogenannten „Schwitzkasten“ eingesperrt. Dieser Folterkasten stellt einen hölzernen, schwefelgeschlossenen Kasten dar, in dem ein normal gewachsener Mensch nicht einen Millimeter Bewegungsfreiheit hat. In diesem Folterkasten wurden alle Gefangenen eingesperrt, die in irgendeiner Form gegen die barbarische Gefängnisordnung verstießen.

Marshall soll nach Angaben der Wärter nicht zum Arbeitsdienst angetreten sein. Zur Strafe sperre man ihn also in den Kasten. Hier mußte er die Arme eng an seinen Körper pressen, um überhaupt stehen zu können.

Atmen konnte er nur, wenn er den Mund eng an die heißen kleinen Luftlöcher preßte,

die in den Wänden dieses Folterkastens sind. Drei Stunden lang hielt man Marshall in diesem Kasten eingesperrt und als

die Foltermede dann die Tür öffneten, fiel ihnen die Leiche Marshall's vor die Füße. Wie die Untersuchung ergab, hatte der Gefangene die barbarische Folterung nur eine Stunde ausgehalten.

Jetzt, nachdem wieder einmal ein Unglücklicher den mittelalterlich-barbarischen Maßnahmen verurteilter Foltermede zum Opfer gefallen ist, bemächtigt sich der Bevölkerung von Alabama helle Empörung. Unter Führung der klassenbewußten Arbeiterschaft verlangen sie die sofortige Unterjochung dieses Gefängnismandals und exemplarische Bestrafung der Schuldigen.

## Schwedisches Verkehrsflugzeug abgestürzt

Ein Teilnehmer der „Ninia“-Rettungs Expedition verunglückt

Stockholm, 15. September. Ein mit zwei Personen besetztes Flugzeug der schwedischen Verkehrsflieger-Schule stürzte auf einem Felde beim Stockholmer Flughafen ab und wurde zertrümmert. Beide Insassen starben kurz nach der Einklaffung ins Krankenhaus. Der Führer des Flugzeugs, der Sergeant Nielsen, war einer der Teilnehmer an der schwedischen Expedition zur Rettung an der „Ninia“-Expedition.

## Proletarische Antwort auf Polizeiprovokationen



Protestdemonstration im Wedding gegen den Polizeiterrror am Wahltag

## Weißgardistische Brandstifter erschossen

Moskau, 15. September. Die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion meldet: Die Staatliche Politische Verwaltung (G. P. U.) stellte bei der Prüfung einer Reihe von Angelegenheiten fest, daß in vielen großen Unternehmen der Staatsindustrie und des Transportwesens gegenrevolutionäre Elemente zu Schädigungszwecken Bedingungen schaffen, die Schadenfeuer herbeiführen und beim Ausbruch des Feuers die Löscharbeiten hindern.

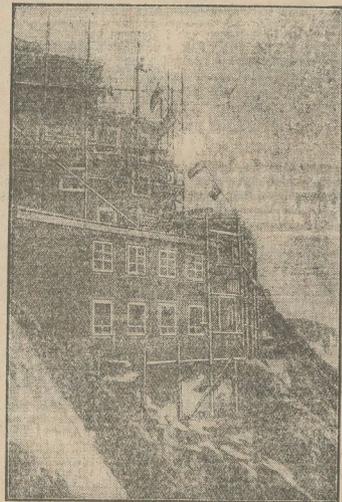
In diesem Zusammenhang wurden zum Tode verurteilt der ehemalige Brandmeister Hlaren von den Waggonreparaturwerken in Petrowo, der schon früher wegen gegenrevolutionärer Tätigkeit verurteilt worden war, ferner der ehemalige mehrfache Staatsfeindlicher Justiz, Leiter der Feuerwehr von vier großen Bauorganisationen, und Zuzifilin, der frühere Leiter der Feuerwehr des Staatlichen Industrieausbüros. Fünf Angeklagte erhielten Gefängnisstrafen in verschiedener Höhe.

## Blitzschlag in eine Ueberlandleitung

Drei Personen vom Starstrom getötet

Göteborg, 16. September. Während eines heftigen Gewitters, das sich Montag mittags über der Umgebung von Göteborg entlud, schlug der Blitz in ein Bauernhaus ein und tötete die elektrische Ueberlandleitung, die den Boden verläuft. Ein Dienstmädchen, das der Leitung zu nahe kam, wurde getötet. Das gleiche Schicksal erlitten zwei Personen, die dem Mädchen zu Hilfe eilen wollten.

## Hochalpinenforschungsstation Jungfrauoch eröffnet



Auf dem Jungfrauoch am Hange des sogenannten Sphinxfelsens in 3450 Meter Höhe wurde vor einigen Tagen unter internationaler Beteiligung eine neue Hochalpinenforschungsstation eröffnet. Sie hat den Zweck, Wissenschaftlern aus allen Ländern die Erforschung der hochalpinen Meteorologie, Fauna und Flora zu erleichtern.

## Mißglückte Kanaldurchschwimmung

Die amerikanischen Zwillingsschwwestern Ziegfeld mußten ihren Versuch, den Kanal zu durchschwimmen, Montag abgeben, da sie zu sehr unter der Kälte zu leiden hatten. Sie waren 12 Stunden 34 Minuten im Wasser.

## Der Tod in den Bergen

Der seit vorigem Dienstag vermißte Kaufmann Eisner aus Berlin, der allein eine Bergtour auf den „Sängling“ (Schnee) machte, ist am Montag nach langem Suchen gefunden worden. Er ist von einer Höhe von 20 Metern in eine Bergspalte gestürzt und muß auf der Stelle den Tod durch einen schweren Schädelbruch erlitten haben.

## Drei Todesopfer bei einer Autofatastrophe

Nach einer Meldung aus Rom sind bei einem Zusammenstoß zwischen zwei Autos auf der Landstraße bei Bergamo drei Personen getötet worden. Eine Person wurde schwer verletzt.

## Ein blutiger Scherz

In Dortmund zielte am Dienstag ein 24-jähriger Arbeiter in Scherzhafter Weise mit einer Flinterpistole auf seine Coassine. Hierbei ging ein Schuß los. Das Mädchen wurde von der Kugel mitten in den Kopf getroffen und sank sofort tot zu Boden.

## Die „Schiben“ in Norwegen

Nach Stockholmer Meldungen ist das Expeditions-Schiff „Schiben“ mit den neuen Tanden von der Andree-Expedition am Dienstag morgen in Moskau, nördlich von Tromsø, eingelaufen.

# DER ROTE GEWERKSCHAFTS-METALLARBEITER

Hallo, diskutiert in den Betrieben!

## Metallarbeiter, zieht die Bilanz!

Wie steht es mit der Tarifpolitik des DMB?

Während die Führer des DMB auf ihrem Verbandstag von allem möglichem schwärzten, die tolle Kommunistenheute entkulten und zur Wahl der Parteifreunde aufzufordern, gingen sie um die für die Metallarbeiter wichtige Frage,

die Tarifpolitik des Verbandes,

wie die Sache um den heißen Brei herum. Sie haben auch allen Grund dazu, denn ihre Leistungen an Verrat auf diesem Gebiete im Jahre 1930 übertrafen alles bisher in den Vorjahren Erlebte. Gehen wir eine Reihe wichtiger Tarifabschlüsse folgen, und jeder Metallarbeiter wird erkennen, daß er nicht darauf warten darf, bis die Herren Verbandsbeamten gerufen, seinen Tarif zu kündigen.

Die ersten Lohnsätze für die Metallindustrie liefen dieses Frühjahrs in Mitteldeutschland, Hannover, Braunschweig, Württemberg, Baden, Waben (Provinz), Frankfurt, Hessen und Westfalen für etwa 350 000 Metallarbeiter ab. Sie wurden im Einverständnis mit dem Unternehmer nicht gekündigt. Die Metallarbeiter wurden auf „bessere Zeiten“ vertolpt, die Tarife laufen

tröh der von den Bossen gegen Euren Willen geschaffenen Tarifschleife.

Wächst in Euren Betriebsversammlungen vorbereitende Kampfausschüsse, die die Gesamtbeschäftigten mobilisieren und die revolutionäre Einheitsfront im Betrieb herstellen! Stellt Eure Forderungen an die Unternehmer! Trete in den Streik, wenn sie abgetrieben werden, unter Führung selbstgewählter Streikleitung!

Die Karole des Verbandstages der Bossen ist: Frieden mit den Metallindustriellen.

Die Karole der Metallarbeiter ist: Streik um Lohnerhöhung, Siebenundachtzig und Lohnausgleich!

### Trotz Rationalisierung - Steigen der Profite (Chemiearbeiterkorrespondenz)

Greppin, den 13. September 1930. Der Hauptproduzent in Deutschland und damit der größte Produzent der Welt ist die I. G. Farbenindustrie, der deutsche Chemie-Trust. Auf sie entfallen zirka 70 Prozent der deutschen Produktion. Das rasende Tempo, mit dem sie in den letzten 17 Jahren ihre Produktion steigerte, kann man an folgenden Ziffern ermessen. Im Jahre 1913 betrug die Erzeugung 1500 Tonnen Schwefel, 1919 14 500 Tonnen und 1929 58 000 Tonnen von den 720 000 Tonnen der deutschen Gesamtproduktion. Aber auch andere Produkte sind während dieser Zeit gewaltig geblieben oder sind neu eingeführt worden. Der gewaltige Auftrieb der gesamten Erzeugnisse der I. G. Farben hat zwei Ursachen, denen man besonders Aufmerksamkeit zuwenden muß, eine wirtschaftliche und eine rein politische. Die Stahlindustrie gemäß ihren Kapazitäten neu, ungewöhnlich hohe Beziehnung ihres Kapitals.

Sehen wir uns z. B. einmal die Herstellung von Stidstoff in unserem Wert etwas näher an. Wie müssen feststellen, daß

heute, nachdem der Betrieb modernisiert wurde, er nicht einmal mehr die Hälfte der früheren Beschäftigten anzuweisen hat, dagegen ist die Produktion durch ein raffiniertes Antreibesystem fast um das Dreifache gestiegen.

Man plant jetzt sogar, den Betrieb noch mehr zu vereinfachen, d. h. noch mehr Arbeiter zu entlassen, die Produktion aber weiter zu steigern. Dabei muß man sich einmal die Riesenprofite, die allein dieser Betrieb abwirft, vor Augen halten. Die Verteilung von einem Zentner Stidstoff isther der IG, 1926 und 1928 40 Pf., dabei sind alle Unkosten einberechnet. Der Verkaufspreis dagegen schwankt zwischen 11 und 13 Mark pro Zentner. Kein Wunder, daß unter solchen Umständen das Bestreben der Kapitalisten wächst, sich möglichst viel und hohe Stidstoffgewinne anzueignen. Die schon bestehenden Unternehmungen verwenden ihre Riesenproduktionsanlagen, wie das z. B. die I. G. Farbenindustrie betreibt. Vor nicht allzu langer Zeit hat die I. G. Verbindung mit ausländischen Chemieindustriellen aufgenommen, mit Amerika, der Schweiz und Frankreich. In Deutschland wird ihr von der rheinischen Schwereindustrie Konkurrenz bereitet. Aber auch hier haben die I. G. Gewaltigen schon einen Vorstoß unternommen, um auch dieses Welt in ihr Machtbereich einzubeziehen. Aus diesen genannten Tatsachen erkennt man das internationale Zusammenarbeiten der Kapitalisten gegen die Arbeiterkraft.

Neben diesen wirtschaftlichen Vorteilen nützt die I. G. ihre Macht auch auf politischem Gebiete aus. Und zwar haben fast alle größeren und kleineren kapitalistischen Länder ihre Stidstoffindustrie mit Hilfe von Staatsmitteln aufgebaut. So entstanden außer in Amerika, der Schweiz, Frankreich und England auch in Belgien, Italien und Schweden, Kanada, Japan usw. nicht nur aus rein wirtschaftlichen, sondern auch aus militärischen Gründen solche Betriebe. Und warum? Die Stidstoffindustrie kann innerhalb 8 Stunden auf die Erzeugung von Rohmaterial für Sprengstoffe und auch auf die Produktion giftiger Gase umgestellt werden. Man braucht dazu nur die Anlage, die man jetzt zur Herstellung von Stidstoff verwendet, etwas stärker einzuampfen. Ein Beispiel dafür haben wir aus allernächster Umgebung. Vor einigen Tagen strömte aus einem Waggon hartes Ammoniak aus, das sich sofort auf die angrenzenden Felder und den Friedhof von Greppin verstreute. Bäume und Gräser, Blumen und sonstiges Gedeihen wurden durch die giftige Wirkung zerstört. Selbst die Einwohner von Greppin wurden des Nachts alarmiert. Die Stidstoffindustrie ist also eine der wichtigsten Rüstungsindustrien für den bevorstehenden Krieg gegen Sowjet-Rußland und gegen alle diejenigen Länder, in denen sich die Unterdrückten gegen ihre Ausbeuter auflehnen mochten.

### Schafft rote Betriebswehren gegen den Faschismus

mit Kündigungsstufen von vier Wochen bis zu drei Monaten in den alten Löhnen weiter.

Auch in Göttingen mit 30 000 Metallarbeitern wurde der Lohnsatz zum 31. Juli nicht gekündigt.

In Böttingen wurden alle Lohnsätze für 60 000 Metallarbeiter bis zum 1. September verlängert.

In Berlin wurde der alte Nahmetarif, in dem die Arbeiter gerechelt ist, bis 31. Januar 1931 verlängert. Der Lohnsatz, der für 200 000 Arbeiter am 30. September abläuft, wurde ebenfalls nicht gekündigt und läuft mit vierjährlicher Kündigungsfrist weiter.

In der Hütten- und Walzwerkeindustrie des Ruhrgebietes wurde nach dem durch den Streikbruch der Gewerkschaftsführer durcgeführten Lohnraub das Lohnabkommen der 200 000 Metallarbeiter zum 30. September nicht gekündigt. Hier läuft der Tarif mit den alten Löhnen sogar bis zum 30. September 1931 - also um ein ganzes Jahr - weiter.

Gekündigt wurde vom DMB lediglich das Arbeitszeitabkommen zum 30. September mit der Forderung: 48-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich. Hier zeigt sich offenbar die Übernahme der NSD.-Karole Lohnausgleich durch die Sozialfaschisten als Wahlparole für die SPD. am 14. September, um nachher diese Forderungen preiszugeben. Die Grünen und Hirsche haben nicht gekündigt, sondern eine Vereinbarung mit den Trustindustriellen abgeschlossen und ihre Bundesräuber vom DMB, mit ihrer Wahlparole lösen lassen. Der Schlichter hat inzwischen einen neuen Schiedspruch gefällt.

Die 50 000 Werftarbeiter an der Wasserkante werden mit einem Schiedspruch abgepflegt, der ihre Kammerlöhne um einenniertel Jahr, bis 1. Oktober 1931, verlängert. Das Arbeitszeitabkommen wurde mit der 48-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich sogar bis 31. Oktober 1932, also auf 2 1/2 Jahre festgelegt. Das nennt die Bürokratie dann Kampf um die Vertiefung der Arbeitszeit.

200 000 Metallarbeiter in Sachsen befinden sich seit 31. Juli in tariflosem Zustand. Die Arbeiter haben Markt und Lohnsatz gekündigt und fordern Lohnabbau. Während die Bürokratie seit Monaten ohne Resultat verhandelt und der Schlichter bereits in Funktion getreten ist, bauen die Unternehmer die Ökonomie ab. Wo die Arbeiter, wie bei „Womag“ in Plauen, dagegen treten, verurteilt die „linke“ DMB-Bürokratie, den Streik zu forcieren und ihn mit einer geringen Ermäßigung des Lohnraubes abzumitigen.

In Schleifen und Niederlautitz mit 50 000 Arbeitern haben die Unternehmer zum 30. September gekündigt und wollen 10 bis 20 Prozent Lohnabbau durchsetzen. Der „linke“ Siegler in Breslau rüht ebenfalls einen Finger wie seine „rechts“ Kumpane in Silddeutschland.

In Rodewitz hat die Verbandsführung den Kollegen am 1. Juli durch Streikbruch einen Lohnraub bis zu 30 Prozent aufgezogen.

In Oberschleifen haben sie nicht das geringste getan, um am 21. Juli den 10- bis 15prozentigen Lohnraub an 22 000 Hüttenarbeitern zu verhindern.

In Mansfeld hat die Bürokratie des DMB, trotz heroischen Streiks von acht Wochen die Metallarbeiter einer freien Vereinbarung der Geschäftsführer mit der Mansfeld AG unterworfen. Die den Metallarbeitern von Mansfeld einen Lohnraub von 9 1/2 bis 12 Prozent aufzogen.

Während es auch die Beispiele aus dem Niederhain, wo die DMB-Bürokratie mit den gemeinsten Mitteln betriebliche Lohnkämpfe der Arbeiter abwürgte. Dabei schreit sie nicht zurück vor der Anwendung des Mittels des Streikbruchs, des Vorkletterens und prominente Sozialdemokraten nahmen die Hilfe von Nazis Streikbrechern in Anspruch, um den kämpfenden Metallarbeitern in den Rücken zu fallen.

Diese Bilanz von acht Monaten Tarifpolitik der Sozialfaschisten zeigt deutlich die Rolle der DMB-Bürokratie als die einer Unternehmerrückgangsbare.

Sie legen den Metallarbeitern Tariffesseln an, um die Unternehmung vor der Erfüllung der Arbeiterforderungen zu bewahren. Wenn die Bossen auf dem Verbandstag nicht davon sprechen und die Anwälte dieser brennenden Fragen durch Bürokratische Ausweitung der Opposition verdrängen, dann müssen die Metallarbeiter in den Betrieben und Betriebsversammlungen um so lauter nach sprechen.

Weder nicht nur reden, sondern auch handeln! Die Tenebrung nicht! Neue Steuern werden den Arbeitern mit Hilfe des Dittararartikels 48 auferlegt. Die Arbeiter können diese Belastung nur durch Entzahnung von Lohnerhöhungen verbannen. Streik ist darum die Karole. Streik in revolutionärer Einheitsfront aller Arbeiter unter Führung der NSD., für Lohnerhöhung,

### Nach den Wahlen weiterer Verelendungskurs

## 1000 Eisenbahner vor der Entlassung

Neuer Schlag der Reichsbahndirektion Halle gegen die Eisenbahnproleten - 1000 Arbeiter und untere Beamte fliegen auf das Straßenpflaster - Streik ist das einzige Kampfmittel und das Gebot der Stunde

Bei den Bahnhofsstellen in Halle und in Merseburg und bei mehreren Dienststellen des Eisenbahnbetriebs soll wiederum eine größere Anzahl Eisenbahner entlassen werden. Bei der Bahnhofsstelle Merseburg sind allein 52 Mann in Vorladung gebracht worden. Auch Unterbeamtenstellen (bis zum Mühlentein) sollen mit den Proleten auf des Straßenpflaster fliegen, sollen nur Leute mit Primärarrest einmündig werden. Bei der Eisenbahndirektion in Halle waren vor dem Kriege 28 Oberbeamte beschäftigt. Jetzt sind es 48 (1). Laut Verfügung werden in kürzester Zeit noch mehr Oberbeamte entlassen.

Es gibt bei der Eisenbahn in kürzester Zeit mehr Vorzeigte als Arbeiter.

Es ist ganz klar, daß die Reichsbahndirektion die neue Entlassungskampagne möglichst vertuschen will. So wagt der Proleten, daß die Hauptverweigerung ein Arbeitsbeschaffungsprogramm zur Verbesserung der Lage (Betriebsreueureurungen, Beschäftigung usw.) ausgearbeitet werde. Dadurch würde es möglich sein, 1000 Arbeiter etwa drei Monate länger zu beschäftigen. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um Arbeiter, die infolge des Betriebsrückganges bei den einzelnen Betrieben und Dienststellen „überzählig“ sind. Wenn man nun ein Arbeitsbeschaffungsprogramm reden, wenn man in Beschäftigung lebende Arbeiter „noch einige Monate“ beschäftigen will? Wird das Erwerbslosenproblem gelöst, wenn nicht ein einziger Erwerbsloser eingestellt wird?

Das ganze Arbeitsbeschaffungsprogramm ist nichts anderes als der Beschäftigungsvorschlag für die neue Personalabwärtungskampagne.

Man nimmt die Arbeiter von ihren Betriebs- und Dienststellen weg, wirft sie durcheinander, bringt sie an Arbeitsplätze, die ganz entfernt voneinander liegen und nimmt die Entlassungen der laufend Proleten - schwebende - vor, damit niemand eine genaue Kontrolle über den Stand der Entlassungen bekommt.

Die Reichsbahndirektion wird selbstverständlich ihre Pläne durchsetzen, wenn sich die Eisenbahner nicht gegen die Entlassungskampagne wehren. Von den reformistischen Gewerkschaften führen die Eisenbahnerverbände können sie nichts erwarten, höchstens noch eine Mißhilfe der Bossen im Interesse der Reichsbahndirektion. Hier kann nur helfen der

Kampf unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Die Eisenbahner dürfen nicht erlauben, bis die Direktion ihre Pläne durchsetzt, sondern sie müssen jetzt schon Kampfordereurungen treffen, in den Verträgen und auf den Dienststellen um die richtige Stellung nehmen und rote Kampfmaßnahmen wahren, eine wirkliche Massenmobilisierung der Eisenbahnarbeiter und unteren Beamten durchführen.

Der Streik ist das einzige Mittel, mit dem sich die Eisenbahnproleten gegen die Pläne der Reichsbahndirektion wehren können.

### Der DMB und die Hirsch-Dunderthien

Die Bossen wollen milde Zehler, bei denen der „Spaltitz“ nicht wirt ...

In der „Metallarbeiter-Zeitung“ Nr. 32, dem Verbandsorgan des DMB, schreibt der seitdem bekannte Kammer einen Artikel unter der Überschrift „Ereignisse übertritt zur SPD und die Hirsch-Dunderthien Metallarbeiter“. Er istrich, daß es kein Geheimnis verze, wenn er hervorhebt, daß in „namhaften Kreisen des DMB“ (Königsplatz) wiederholt erörtert worden sei, eine Vereinbarung des DMB, mit dem gelben Hirsch-Dunderthien Verband. Man hätte mit den Hirsch-Dunderthien Kollegen im profen und ganzen einträchtig zusammengearbeitet und man sei von ihnen nur durch die Verschlebung der Hirsch-Dunderthien getrennt worden (des DMB). Kammer betont ferner, daß im DMB auch zehntausende von guten arbeitsfähigen Metallarbeitern organisiert seien, die an ihrer religiösen Meinung scheiterten und dennoch in der Gewerkschaft die Verbandspolitik der Hirsch-Dunderthien vertreten wollten. Das Wesentliche ist, daß der von reiflicher Hand geleitete Spaltitz (gemeint ist die Zentrale der revolutionären Opposition) bei diesen arbeitsfähigen Proleten nicht wirt (!). Darauf kommt es also den sozialfaschistischen Bossen an. Sie hoffen, mit den Hirschen milde zahlungsfähige Elemente zu finden, mit denen sie die Mitgliederzahl aufreichten wollen. Wie die Zeit fürchten die Bossen die Aufnahme von unorganisierten Arbeitern in die Organisation. Sie wissen warum.

Metallarbeiterkollegen! Leistet aktive, revolutionäre Oppositionsarbeit im DMB. Trete als organisierter Kollege der revolutionären Gewerkschaftsopposition bei, die die Einheitsfront mit den Unorganisierten schafft. Die NSD. ist die Kraft, die allein imstande ist, die Arbeiterermahn in Kampfe zu führen.

### Hernburg-Proleten, rüftet zum Kampf!

H.R. Die Zustände, die in der Sternburg-Brauerei Schkeubitz, die nach ungenutzten „Reinigung“-Bereitstellungen sich für einige Zeit etwas besserten, sind wieder die alten geworden. Unausgenutzte Antreiberei feiert Triumphe. Das Aufstodding ist nicht mehr zu ertragen. Aber der sich gegen die Verhältnisse auflehnt, fliegt auf die Straße. So wurde kürzlich ein Journal entlassen, der Hirsch gegen den Brauereier Rederlich verteidigte. Der Journal arbeitete gegen den Brauereier Rederlich, die circa 8000 Pfälzen pro Stunde zu reinigen hat. Der Journal hat die Kontrolle. Durch eine Maßnahme muß er feststellen, welche Pfälzen nach unfauber sind. Diese muß er herausziehen, damit sie mit Bürsten gereinigt werden können. Die Pfälzen, die die Journal einfach in der kurzen Zeit nicht aus der Maschine nehmen konnte. Als er den Sauberheit dem Brauereier vorstellte und darauf hinwies, daß man nicht Unmögliches von ihm verlangen könne, wurde er entlassen. Es heißt, er habe den Brauereier die Pfälzen zu läßt unter die Nase gehalten. Der Brauereier kann sich nur beschämen so viel herausnehmen, weil der Betriebsrat nichts taugt. Der Betriebsrat ist ein frommer Sozialdemokrat. Zu seiner Klärung genügt nur das Herbeibringen der Tatsache, daß dieser „Arbeitervertreter“ eigenhändig eine Sammlung zum Jubiläum des Herrn Direktors durchführte. Der tüchtige Rederling konnte zu tranten Proleten, um von diesen Geld abzurufen. Es ist ganz klar, daß die Zustände in der Sternburg-Brauerei nur geändert werden können, wenn die Kampfmittel unter Führung der NSD. und der NSD. wirklich den Proleten aufnimmt gegen das Braupfälzen und dessen Datalen in den Betrieben und dem Gewerkschaftsbüro.

Am 28. September ist die Mitteldeutsche proletarische Frauen-Delegiertenkonferenz. Nehmt Stellung dazu, wählt Delegierte!

# SPD. mit dem Bürgerblock in einer Front für den Steuerraub

Bekämpfung des Magistrats mit der hallischen Presse unter Ausnutzung des „Klassenkampf“. — „Volksblatt“, „Saale-Zeitung“ und „Hallische Nachrichten“ verteidigen den Steuerraub des Magistrats — Die Sozialdemokraten wollen Mieterhöhung

## Am Freitag: Protestversammlung im Volkspark

Die Nachricht von der geplanten Einführung der räuberischen Diktatursteuern der Brüning-Hindenburg-Regierung in Halle hat unter der werktätigen Bevölkerung Halles eine ungeheure Empörung hervorgerufen. Jetzt beginnt es in den Köpfen Tausende von bürgerlichen Wählern zu dümmern. Tausende von Arbeitern, Angehörigen, Beamten, kleinen Handwerker, um erkennen zu lassen, daß unmittelbar nach den Wahlen nicht nur eine ungeheuerliche Verschärfung der Krankenversicherung, sondern auch neben der Ausraubung der Kranken ein

neuer schamloser Steuerraub durch den hallischen Magistrat durchgeführt werden soll. Am Donnerstag wird der in seiner Mehrheit sozialdemokratisch-jugenddemokratisch zusammengesetzte Krankeinstellungsrat die von uns bereits kurz vor der Wahl getennschrittenen Verschärfungen beschließen. Am Montag wird die Mehrheit des Hausbaubürgerblocks, ganz gleich in welcher Form, die

**Anraubung der hallischen Bevölkerung zur Deckung des 2-Millionen-Defizits im Haushalt**

festlegen. Der Magistrat fordert die Erhöhung der Gemeindefisksteuer, die Einführung der Getränke- und Regesteuer. In der Vorlage des Magistrats zur Einführung dieser

Regesteuer die Laken zur Deckung des Defizits der Arbeiterbevölkerung einfach durch eine generelle Erhöhung der Mieten auszubilden.

Ob Regesteuer oder Mieterhöhung; auf alle Fälle werden die Laken den werktätigen Massen aufgeparkt.

Am interessenlos ist aber folgender, im gestrigen „Volksblatt“ veröffentlichter Satz:

„Die Kommunisten und jedenfalls auch die geistesverwandten Nazis werden alles ablehnen, und die Sozialdemokraten, falls diese es vorziehen sollten, auf das Angebot der Bürgerlichen einzugehen, und statt 9 Mark Regesteuer eine Mieterhöhung von etwa 5 Mark im Jahr zu bewilligen, Verräter schimpfen.“

Die hallischen Sozialdemokraten haben also durch diese gewundene Bemerkung des „Volksblattes“ die Rage bereits aus dem Kopf gelassen. Die SPD. ist prinzipiell damit einverstanden, durch eine neue Belastung der Werktätigen den hallischen Magistrat aus der Patsche zu helfen.

Die SPD. wird, wie es das „Volksblatt“ bereits durch obigen Satz unabweislich zu verstehen gibt, nicht für die Regesteuer, sondern für die Erhöhung der Grundvermögenssteuer, also für die Erhöhung der Mieten, stimmen.

Damit glauben die Sozialdemokraten in Halle der werktätigen Bevölkerung einen „guten Dienst“ erweisen zu können. Sie werden ihre schändliche Haltung mit dem betrügerischen Hinweis zu bemänteln versuchen, daß die Mieterhöhung ja keine so große Belastung darstelle, wie die Kopfsteuer. Das ist natürlich nur ein elendes Täuschungsmanöver.

Die Sozialdemokraten — diese Feststellung kann jetzt selbst das „Volksblatt“ nicht mehr abstreiten — sind bereit, im Bunde mit dem reaktionären Magistrat und dem Hausbaubürgerblock die Massenausplünderung der werktätigen Bevölkerung Halles durchzuführen. Kommt, wir Kommunisten beschließen die Sozialdemokraten auf Grund dieser verbrecherischen Haltung als Verräter und Betrüger.

Vor den Wahlen haben die Sozialdemokraten den werktätigen Wählern Hilfe auf allen Gebieten versprochen. Nach den Wahlen erklären sie sich bereit, in einer Front mit dem reaktionären Bürgerblock die Ausraubung der Einwohnerkraft zu vollziehen. Das ist blauer Betrug. Das ist nackter Betrug!

Gegen den Raubplan des hallischen Magistrats führt allein nur die kommunistische Partei einen entschlossenen Kampf.

**Die Kommunisten lehnen jede weitere Belastung der Werktätigen ab.**

Es bestehen andere Möglichkeiten, um die Mittel für die Unterhaltung der Wohlfahrtsvereinsarbeiten aufzubringen. Wir erinnern nur an die Tatsache, daß im hallischen Politzirkel allein 115.500 Mark eingestrichelt sind.

Meher eine Million wird allein für die Polizei, die gegen Jugendliche und rebellierende Erwerbslose mit dem Gummihäppel vorgeht, hinausgeworfen.

Im hallischen Etat sind weiter folgende Zusätze für reaktionäre und unsoziale Zwecke eingelegt:

Für die Kirche 28.000 Mark, für die Wirtschaftskammer und Berufsverband 20.000 Mark, für Flugpostzweck 14.000 Mark, für Tennis- und Wandervereine 6.000 Mark, für die Kunstgewerbeschule 140.000 Mark, für das Stadtbücherei 401.000 Mark.

Zur Begleichung der Wohlfahrtsausgaben der Stadt Halle kann eine Sonderbesteuerung der Beliehenden durchgeführt werden.

Die werktätige Bevölkerung von Halle wird auf jeden Fall bereit sein, auch zum äußersten Mittel zu greifen, um die Verwirklichung der Raubpläne des Magistrats zu verhindern.

### Laubbrand auf den Pulverweiden

Am 16. September, gegen 14 Uhr abends, war auf den Pulverweiden hinter dem Grundstück Nr. 1 Laub in Brand geraten. Die herbeigekommene Feuerwehr konnte nach 20 Minuten Tätigkeit wieder abziehen. Schäden ist nicht entstanden.

### Ein durchgehendes Pferd raft durch Kleinschmieden

Gestern nachmittags gegen 14 Uhr schaute in der Großen Ulrichstraße ein Pferd vor der Straßengabel und ging durch. Das Gespann raste hierüber durch die Große Ulrichstraße, Kleinschmieden, Salzmstraße und wurde alsdann an der Ecke Clarastraße und Salzmstraße aufgehalten.

### Achtung! Ausschluß-Fraktion Altem Ortskrankentafel!

Zu der am Donnerstag stattfindenden außerordentlichen Ausschlußtag treffen sich alle Genossen eine Stunde früher im Mittelzimmer des „Volkspark“.

Die fortgeschriebene Einwohnerzahl Halles ist in der Zeit vom 1. August bis 1. September 1930 von 202.388 auf 202.114, also um 274 Personen zurückgegangen. Der Ueberzähl der einheimischen Lebensgeborenen (259) über die einheimischen Sterbefälle (154) im Monat August beträgt 105. Von dem Wanderungsergebnis von 350 Personen entfallen 307 Personen auf Studenten und 50 Personen auf Familienwanderungen.

### Sportler-Alarm!

Morgen, Donnerstag, 20 Uhr, in der Produktiv: Sitzung aller Vereinsfunktionäre der hallischen Arbeiter Sportvereine

Jeder Vereinsvorsitzende ist verpflichtet, seine Vereinsfunktionäre mitzubringen. Der Kartellvorstand.

## Das „Volksblatt“ fängt an zu zappeln

Der „Klassenkampf“ schrieb zwei Tage vor den Wahlen, daß die Steuer- und Krankenlastenräuber in Halle zum entscheidenden den Schloge ausfallen. Während die jetzt auf Grund ihrer jämmerlichen Niederlage in Halle willig durchsichselbstgekommenen Reutchen aus dem „Volksblatt“ vor den Wählern die Entlastung des „Klassenkampf“ mit keinem Wort erwähnten, hielten sie in ihrer Montag-Ausgabe eine Art „Entgegnung“, in der die Aufhebung der Krankenlasten- und Steuerabläufe durch den „Klassenkampf“ lediglich als „kommunistische Fäule“ bezeichnet wird. Was haben Sozialdemokraten schon dazu zu sagen, wenn Tausende von werktätigen Kranken und Steuerabhängigen bis aufs Blut gequält und ausgebeutet werden? Katonisch wird im „Volksblatt“ vom Montag erklärt:

„Durchgeführt werden müssen die Vorordnungen, dagegen hilft kein Zappeln.“

Also, Arbeiter, werktätige Steuerzahler und Kranke! Eure Proteste gegen die Diktaturverordnung der Brüning-Regierung sind den Steuerabhängigen „Schuppe“. Die Sozialdemokraten, die eure berechtigten Empörung über die Verschärfung der Krankenversicherung und den neuen Steuerraub als „Fäule“ bezeichnen, sind der Meinung, daß alle diese Verschärfungen im Interesse der Erhaltung der bankrotten bürgerlichen Gesellschaft eben durchgeführt werden müssen. Sind doch die sozialdemokratischen Regierungsmänner schon flieberhaft bereit, den Kommunisten die Ausschlußbestimmungen zur Einführung der Diktatursteuern zu unterbreiten.

## Jugendgenossen! Jungsporler! Genossen der Antifa!

Donnerstag, den 18. September, 20 Uhr, im „Volkspark“: Kombinierte Mitgliederversammlung

Thema: Ausgang der Reichstagswahlen und die Aufgaben des revolutionären Jungsporlerates. Referent: Genosse Mag (M.S.).

Es ist Pflicht jedes Mitglieds des R.V. und Nebenorganisationen, zu dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen!

Die schamlose und niederträchtige Vertreibung der Diktaturverordnungen durch das „Volksblatt“ läßt erkennen, mit welcher Ungleichmütigkeit diese Verurteilung einen Tag nach den Wahlen ihre eigenen Verschuldungen gegenüber den Wählern wieder über Bord werfen.

Die Herrschaften sollen sich aber gelagert sein lassen, daß weder die Kommunisten noch die Arbeiterallianzen daran denken, „zu zappeln“, sondern daß sie gegen die Diktaturverordnungen und ihre sozial-fäulnisvollen Vertreiber einen Kampf führen werden, das den Sozialdemokraten Bösen und Schen und vielleicht auch ihre eigenen 3 Appell dergewen wird.

## TheaterkonzerteVorträge

### Jubiläumsprogramm im Walthalla

Anlaßlich des 41jährigen Bestehens des Walthalla-Theaters präsentiert die Direktion ein Programm, das in jeder Beziehung als erstklassig, vielseitig und zutrefflich bezeichnet werden kann. Der Mittelpunkt desselben bildet die einzigartige Puppen-Revue der Puppentheater-Gruppe „Katta“. Was diese „lebenden Puppen“ oder Zwergmännchen auf dem Gebiete des Tanzes zu leisten imstande sind, bewegt sich auf einem außerordentlich hohen künstlerischen Niveau. Die bewundernswürdige Grazie und Flexibilität, mit der diese herrlichen Tänzer und Tänzerinnen über die Bühne wandeln, rufen das beste Entzücken und den ungetrübten Beifall des gesamten Publikums hervor.

Die Darbietungen dieser Puppentheater-Gruppe werden von einer Reihe hervorragender Musikattraktionen unrahmt. A. Loman und Partner führen fabelhafte Traubendressuren vor. Willy Dietrich stellt sich als vielseitiger Musiker vor. Das ist er in der Tat. Da er Saaxophon als 1000 Meter nach dem Erdmannstrücker auf einer Gitarrenkiste spielt, das Publikum ist ebenso falls begeistert und geht nicht mit dem Bestfall.

Zwei Prachtstücke sind die Komiker-Parodien Pitz und Mannmann. Was die an originellen Einfällen und tollen Parodien hervorheben, ist wahrhaft unübertrefflich. Die Heiterkeitsstimme besorgen, daß das Publikum mit dieser „Kommer“ mehr als zufrieden ist. Die 4 Kamas produzieren sich als vollendete Quilibristen. Mit kaumwunderter Leichtigkeit und Ruhe machen sie die halbschweren Sachen. Ihre in jeder Beziehung exakten und prachtvollen Leistungen wurden mit reichem Beifall belohnt. Der humoristische Fritsch Thauer verleiht es das Publikum vorzüglich zu unterhalten. Wir sind allerdings der Meinung, daß er mehr Sympathien haben könnte, wenn er die Erwerblosen und Dienstmädchen aus seinem Repertoire ausblenden würde. Klawnsdija Gorewa mit ihrem Partner Susan Krawitz geben ein ausgezeichnetes Paar ab. Max Zuckerman, Koe, die ukrainischen Souffleure, stellen zum Schluß noch einmal die Bühne auf den Kopf. Das Publikum kommt noch einmal „in Fahrt“, um dann hochbeifriedigt wieder nach Hause zu gehen.

Beliebteste. Die 3ten-Jahrefeier der Volkshilfe findet am Sonntag, dem 17. September, 20 Uhr, im „Stadthausbau“ statt. Die Abendfeier wird von den Genossen des Genossenschaftsvereins unter Leitung von Generalsekretär Erich Bock. Von den neuen Operntiteln unseres Stadttheaters werden folgende Vorträge (Kontaktsprache) und Gedichtabend Franz mit. Die beiden Genossen Blomberg-Broschka, genannter, die Karten ausgabe beginnt morgen; es empfiehlt sich, rechtzeitig Karten zu dieser einmaligen Aufführung zu holen. Es werden Opern „Die Waise“, „Die Waise“ am 20. September, 1930 Uhr, für 3. Die Spätpreise zum 1. halbjährigen Einleitenskonzert findet am Sonntag, dem 17. September, 20 Uhr, im Walthalla-Theater der Kongressgemeinde unter Abhaltung der Karten eintritt. Anmeldungen für Spätpreise, Walthalla-Theater, Sonntag und alle Begrüßungen in unserer Gesellschaft, Mittelstraße 14, Juli 20/21.

## Nach den Wahlen neuer Raubzug

Werkstätige von Halle, heraus zur großen öffentlichen Protest-Versammlung gegen die Einführung der Diktatursteuern in Halle, am Freitag, 19. Sept., im Volkspark. Referent: Wilhelm Koenen MdR., Halle

Diktatursteuern wird dargelegt, daß auf Grund der existierenden Mehrertragsgewinn der ausgeübten Erwerbslosen ein

Reihbetrag von rund 2 Millionen Mark im Haushaltsrat der Stadt Halle eingetreten ist. Der ganze Etat ist über den Haufen geworfen worden. Die in der Vorlage vorgeschlagenen neuen Steuern werden immer mehr heftiger den Ausgaben für die Unterhaltung der Wohlfahrtsvereinsarbeiten eine unermessliche Notwendigkeit. Es wird darauf hingewiesen, daß

vom Monat Oktober 1929 bis zum Monat August 1930 in Halle die Zahl der Wohlfahrtsvereinsarbeiten von 413 auf 3764 gestiegen ist. Jetzt ist der Magistrat am Ende seines Lateins. Der im Frühjahr mühselig zusammengesetzte Hungeretat ist zu einem Mengekracht Hindernisse haben die Herren Mite und Mag vor dem „Klassenkampf“ im Stadthaus.

Was liegt hinter reaktionären Sätzen also näher, als angeht dieses Antrags unermesslich nach den Diktaturverordnungen der Brüning-Hindenburg-Regierung zu greifen, um das Problem der Deckung des 2-Millionen-Defizits durch eine weitere ungeheuerliche Ausplünderung der werktätigen Einwohner von Halle zu lösen?

Wir weisen bereits gestern darauf hin, daß durch die Einführung der erhöhten Biersteuer, der Getränkesteuer und der Kopfsteuer noch im Rechnungsjahr 1930 eine Mehreinnahme von 970.000 Mark erzielt werden soll. Und zwar durch die Regesteuer 600.000 Mark, durch die Getränkesteuer 220.000 Mark, und durch die Erhöhung der Biersteuer 150.000 Mark.

Eine runde Million soll also bis zum Ablauf des Rechnungsjahres 1930 aus der werktätigen Bevölkerung Halles herausgehoben werden.

Daß sich die Herrschaften von Magistrat angehörlig einer solchen Situation nicht wohl fühlen, ist nur zu verständlich. Der Herr Stadtkämmerer Dr. Mag a hat, um die Deffektivität auf den lauberen Plan des Magistrats rechtzeitig einzustellen, die hallische Presse zu einer Bekämpfung eingeladen.

Der „Klassenkampf“ ist dabei geoffentlich „übersehen“ worden. Mit dem „Klassenkampf“, der bekanntlich gegen die Diktatursteuern in der rücksichtslosesten Weise kämpft, der die Ausplünderungspläne des Magistrats bei richtigen Namen nennt, wollen die Mite, Mag und Koniferen nichts zu tun haben. So haben sie es vorgezogen, sich nur mit den Reutchen von der bürgerlichen Presse, einschließlich des „Volksblattes“, an einen Tisch zu setzen, um zu beraten, in welcher Weise man den dummen Wählern da draußen die neuen Raubsteuern am besten schmackhaft machen könne. Das eine heißt heißt:

Somohl der Bürgerblock als auch die hallischen Sozialdemokraten des Defizits im Haushaltsrat in der Hauptpläne den Massen der werktätigen Bevölkerung zur Last fallen soll.

Das „Volksblatt“ veröffentlichte gestern einen zahnem Artikel unter der Überschrift: Die Zeit in Gemeindehaushalt. Es wird in diesem jämmerlichen Produkt auch auf die kaffgefundene Pressebekämpfung mit dem Magistrat Bezug genommen und darauf hingewiesen, daß dem Magistrat, bei der Aufstellung seines Programms allererst durch den Kopf gegangen“ ist. Unter anderem ist auch der Mite erzwungen worden, nicht die Kopfsteuer zu erhöhen, sondern die Erhöhung der Regesteuern, vor allem der Erhöhung der Zuschläge zur Grundvermögenssteuer

vorzunehmen. Diese Erhöhung der Grundvermögenssteuer würde, da sie ja selbst auf die Mieten umgelegt würde, bei einer Erhöhrung der Mieten von 20 Mark jährlich eine Erhöhung der Mieten von 5 Mark ausmachen. Man hat also darüber diskutiert, ob es vielleicht angebrachter wäre, statt der Einführung der

# „Niedergang oder Aufstieg des AKV.“

Hierüber spricht Genosse Karl Ertinger heute, Mittwoch, den 17. September, abends 8 Uhr im „Volkspark“ in einer Gr. Mitgliederversammlung des AKV.

Werkstätige Verbraucher, erscheint in Massen!



Sportplatzraub in Brehsh

Heraus zur öffentlichen Profiteerverammlung am Sonnabend
Den roten Sportlern von Brehsh haben die Behörden den künftigen Sportplatz entzogen.

am Sonnabend, dem 20. September, 20 Uhr, im „Schützenhaus“ zu Brehsh
mit einer öffentlichen Profiteerverammlung, zu der Sportgenosse

Waffen heraus!

1. Stiftungsfest nebst Wettfreit in Schaffstädt

Am Sonnabend, dem 20. September, 20 Uhr: Fackelzug (Schalmantelplafond Wandlaufspiel).
Sonntag, dem 21. September, 6.30 Uhr: Weiden. 8 Uhr: Kampf-

Alle Jungsportler

bestellen sich am Donnerstagsabend 8 Uhr im Vorraum des großen „Volksparl“-Saales an der

Öffentlichen Mitglieder-Verammlung des KZVD.
und aller sonstigen proletarischen Massenorganisationen.

Einladung des NSD. 1930 Jägerbren

zu dem am 20. und 21. September stattfindenden Sportfest

Unter Mitwirkung des Arbeiter-Berlangereins Jägerbren, des Turnvereins Freiwald, Krietzleben, der „Zin-Tittu“-Abteilung des

- 1. 7 Uhr: Freiübungen der Turnerinnen.
2. Freiübungen (Turner, Turnerinnen, Schüler, Schülerinnen).
3. Fechtspiel (Freiwaldausführung): „Durch Nacht zum Licht“.
4. Flammenübungen.
5. Fackelanzug.

Table with 2 columns: Time and Event. Includes 6 Uhr Weiden (Spielmannszug), 8 Uhr Jägerbren 2, 10 Uhr Krietzleben 1, etc.

Table with 2 columns: Time and Event. Includes 9 Uhr Döllnitz 1, 10 Uhr Döllnitz 2, 11 Uhr Döllnitz 3, etc.

Die Spiele des Sportvereins Fortuna Greppin
Den betreffenden Mannschaften und Schützern zur Kenntnis, daß mit unserer Serien-

Fußball-Serienspiele

Serienspiele am 21. September

Table with 3 columns: Team, Time, and Opponent. Includes 1. Klasse, 1. Gruppe, 2. Klasse, 1. Gruppe, etc.

Table with 3 columns: Team, Time, and Opponent. Includes Fortuna 1, Wörmitz 1, Jägerbren 1, etc.

Freiwaldausführungsspiele am 21. September

Table with 3 columns: Team, Time, and Opponent. Includes Döllnitz 2, Wörmitz 2, Jägerbren 2, etc.

Öffentliche Freiwaldausführungsspiele sind von der Bezirksleitung angelehrt und die betreffenden Mannschaften haben unbedingt anzutreten, anderenfalls Bestrafung.

Geleitsspiele für 21. September

Table with 3 columns: Team, Time, and Opponent. Includes Jägerbren 3, Wörmitz 3, Jägerbren 4, etc.

Freiwaldausführungsspiel für 28. September in Langenbogen
am 28. September 11 Uhr: Freiwald 1.
Die Bezirksleitung, Schaffstädt, Krietzleben.

Handballserien-Vorrunde

Beginn: Sonntag, den 21. September

Kommenden Sonntag beginnt die erste Runde der neuen Handballserie. Wir werden eine Herbst- und Frühjahrsrunde zur Durchführung bringen, um dann im Sommer die Meisterschaften auszuführen.

Die vergangene Runde der Serienspiele wurde auf Beschluß der letzten Volltagung gestrichen. Durch die Fülle der neu hinzugekommenen Mannschaften waren die einzelnen Gruppen durcheinandergerückt.

Nummeriert sind die Listen neu zusammengestellt. Es sind verschiedene Gruppen, die dann unter sich den Meistern auszuspielen müssen. Zu beachten ist die Sportleruntergruppe mit sieben Mannschaften.

Es ist das erstmal, daß auch die Sportlerinnen an den Serienspielen teilnehmen.
Nun, Sportgenossen! Ran an die Arbeit. Erlebet gute Spiele im Interesse der Kampfmannschaft. Tretet pünktlich an und vergeßt nicht die Berichte nach dem „Volksparl“ (29025) zwischen 19 und 21 Uhr zu melden.

Auswahlspiel in Gröllwitz

Sonnabend, 20. September, 17 Uhr
findet an dem Sportplatz Gröllwitz (Brandberge) ein Handballauswahlspiel statt.

Schiedsrichter: H. Rosenfeld (Z.S.).

Stärke: Gröllwitz (Z.S.): Wenz (Gröllwitz), Richter (Eisbach), Seinde (Dom.), A. Reinhardt (Seeden), Schambert (Z.S.), Koffler, Nied (Wörmitz), Gehl, O. Schulz (Z.S.), Gehrig (Schambert).

Mannschaftsausschuss: Krietzleben (Seidenfeld), Jägerbren (Wörmitz), Wörmitz (Krietzleben), Seeden (Seidenfeld), Seidenfeld (Wörmitz), Wörmitz (Seidenfeld), Seidenfeld (Wörmitz), Wörmitz (Seidenfeld).

Schiedsrichter: Seidenfeld (Seidenfeld), Richter (Eisbach), Seinde (Dom.), A. Reinhardt (Seeden), Schambert (Z.S.), Koffler, Nied (Wörmitz), Gehl, O. Schulz (Z.S.), Gehrig (Schambert).

Schiedsrichter: Seidenfeld (Seidenfeld), Richter (Eisbach), Seinde (Dom.), A. Reinhardt (Seeden), Schambert (Z.S.), Koffler, Nied (Wörmitz), Gehl, O. Schulz (Z.S.), Gehrig (Schambert).

Schiedsrichter: Seidenfeld (Seidenfeld), Richter (Eisbach), Seinde (Dom.), A. Reinhardt (Seeden), Schambert (Z.S.), Koffler, Nied (Wörmitz), Gehl, O. Schulz (Z.S.), Gehrig (Schambert).

Schiedsrichter: Seidenfeld (Seidenfeld), Richter (Eisbach), Seinde (Dom.), A. Reinhardt (Seeden), Schambert (Z.S.), Koffler, Nied (Wörmitz), Gehl, O. Schulz (Z.S.), Gehrig (Schambert).

Schiedsrichter: Seidenfeld (Seidenfeld), Richter (Eisbach), Seinde (Dom.), A. Reinhardt (Seeden), Schambert (Z.S.), Koffler, Nied (Wörmitz), Gehl, O. Schulz (Z.S.), Gehrig (Schambert).

Schiedsrichter: Seidenfeld (Seidenfeld), Richter (Eisbach), Seinde (Dom.), A. Reinhardt (Seeden), Schambert (Z.S.), Koffler, Nied (Wörmitz), Gehl, O. Schulz (Z.S.), Gehrig (Schambert).

Schiedsrichter: Seidenfeld (Seidenfeld), Richter (Eisbach), Seinde (Dom.), A. Reinhardt (Seeden), Schambert (Z.S.), Koffler, Nied (Wörmitz), Gehl, O. Schulz (Z.S.), Gehrig (Schambert).

Schiedsrichter: Seidenfeld (Seidenfeld), Richter (Eisbach), Seinde (Dom.), A. Reinhardt (Seeden), Schambert (Z.S.), Koffler, Nied (Wörmitz), Gehl, O. Schulz (Z.S.), Gehrig (Schambert).

Schiedsrichter: Seidenfeld (Seidenfeld), Richter (Eisbach), Seinde (Dom.), A. Reinhardt (Seeden), Schambert (Z.S.), Koffler, Nied (Wörmitz), Gehl, O. Schulz (Z.S.), Gehrig (Schambert).

Schiedsrichter: Seidenfeld (Seidenfeld), Richter (Eisbach), Seinde (Dom.), A. Reinhardt (Seeden), Schambert (Z.S.), Koffler, Nied (Wörmitz), Gehl, O. Schulz (Z.S.), Gehrig (Schambert).

Schiedsrichter: Seidenfeld (Seidenfeld), Richter (Eisbach), Seinde (Dom.), A. Reinhardt (Seeden), Schambert (Z.S.), Koffler, Nied (Wörmitz), Gehl, O. Schulz (Z.S.), Gehrig (Schambert).

Schiedsrichter: Seidenfeld (Seidenfeld), Richter (Eisbach), Seinde (Dom.), A. Reinhardt (Seeden), Schambert (Z.S.), Koffler, Nied (Wörmitz), Gehl, O. Schulz (Z.S.), Gehrig (Schambert).

Schiedsrichter: Seidenfeld (Seidenfeld), Richter (Eisbach), Seinde (Dom.), A. Reinhardt (Seeden), Schambert (Z.S.), Koffler, Nied (Wörmitz), Gehl, O. Schulz (Z.S.), Gehrig (Schambert).

Schiedsrichter: Seidenfeld (Seidenfeld), Richter (Eisbach), Seinde (Dom.), A. Reinhardt (Seeden), Schambert (Z.S.), Koffler, Nied (Wörmitz), Gehl, O. Schulz (Z.S.), Gehrig (Schambert).

Walhalla Stadt-Theater

Engl. 20 Uhr. Das phänomenale Sensations-Programm 9 Welt-Attraktionen

BUSCH

Circus unter Wasser täglich 20 Uhr große Vorstellung Wittenberg, Tauentzienplatz

Werbt für die Rote Hilfe

Wonders billige Schlafzimmer, Küche, Bad, etc. etc.

Inserenten!

Fordert Inserenten über Drucksachen ein

Der Arbeiter-Konsumverein ist eine Waffe im Klassenkampf darum Arbeiter, werde Mitglied im KONSUMVEREIN WITTENBERG
50 Pf. Eintrittsgeld. Auf alle Waren 5% Rabatt

Teilzahlung 4682
Wohnbetten, Kuchentische, Legematten, Divanbetten, Stoppeden, Leptische, Kleider, Kleiderkasten, etc.

SOFAS
Chaiselongue
Bettchaiselongue
K. Möller Schmeierstr. 1

Hausfrauen kauft nur bei uneren Inzerenten!
Bruno Paris
Kleine Ulrichstraße 2 bis Dörmplplatz 3

Nur 30 Pfennig
beträgt der monatliche Abonnementpreis für das Organ der Werktätigen in Stadt und Land

„Mitteldeutsches Echo“
betrieblungen nehmen, etc.

Berichtigung
Die Angebote für Mauer- und Zimmerarbeiten am Bauverein Gommersdorf sind nicht mehr abzugeben



Ein „Rot Front“ den revolutionären Klassenkämpfern

Großer Erfolg der SPD. in Greppin

Am 21. September muß die Liste „Proletarischer Schulkampf“ liegen

U.R. In der letzten Wählerversammlung sprach der Genosse Dorndorger, Berlin, über das Thema: Was haben uns die Kommunisten über die Reichstagswahlen in letzter Stunde zu sagen? Der Genosse Dorndorger wurde, als er den Saal betrat, von annähernd 600 Personen mit einem dreimaligen „Rot Front“ begrüßt. Die Arbeiter-Schul-Kapelle spielte zur Begrüßung einen Marsch. Der Versammlungsleiter eröffnete die Versammlung und erzielte dem Genossen Dorndorger das Wort. Selbiger rechnete in seinem ausführlichen Referat mit den Parteien, angefangen von den Nazis bis zu der SPD, ab. Die Ausführungen des Genossen wurden von den Anwesenden mit großer Aufmerksamkeit entgegengenommen. Er forderte alle Anwesenden auf, nicht nur für die Liste 4 zu stimmen, sondern sich einzureihen in die Kampffront der SPD. und mitzuhelfen am Sturz der kapitalistischen Hungerregierung und aufzubauen ein Sowjet-Deutschland. Darauf folgte die Rede des Genossen Dorndorger. Der Versammlungsleiter forderte auf, sich für die Liste 4 zu entscheiden. Die Ortsgruppe der SPD hatte die SPD-Funktionäre zu der Versammlung schriftlich eingeladen und ihnen unbeschränkte Redezeit und freies Geleit zugesichert. Neben waren sie zu feige, ihren Schindeln preszulegen. Da keine Wortmeldungen weiter noch kamen, bekam der Genosse Dorndorger das Schlusswort. Der Referent machte noch einige Ausführungen über das Wahlmandat der SPD. sowie alle anderen Parteien. Selbiges wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Während der Versammlung wurden

12 neue Klassenkämpfer gewonnen,

darunter auch einige Frauen. Ferner machte der Versammlungsleiter noch auf die am 21. September stattfindenden Elternbeiratswahlen aufmerksam und forderte gleichzeitig alle Eltern auf, ihre Stimme

der Liste „Proletarischer Schulkampf“

zu geben. Hierauf wurde die Versammlung mit einem dreimaligen „Rot Front“ geschlossen.

Die SPD. hat abgewirtschaftet

U.R. Kurz vor der Wahl hatte die SPD. alle Einwohner Greppins zu einer öffentlichen Wählerversammlung eingeladen. Die Versammlung war von ungefähr 250 Personen besucht. Jeder wurde von den Gründern nach Waffen untersucht. Der Versammlungsleiter, die SPD-Große Priese, eröffnete die Versammlung und gab dem Genossen D. e. i. c. h. e. r. das Wort. Als ein Genosse der SPD. eine Anfrage an die Versammlung richtete, wurde er vom Referent in einem lehrerähnlichen Ton aufgefordert, sich auf seinen Stuhl zu setzen. Als der Genosse den Aufforderungen des Referenten nicht nachkam, machte die SPD.-Kanone Pöbel von dem Hausecht Gebrauch und forderte den Genossen auf, den Saal zu verlassen. Der Genosse der SPD. forderte nun alle Anwesenden auf, mit ihm den Saal zu verlassen, worauf sich ein großer Teil entsetzte und ungefähr noch 70 Personen im Saale verblieben. Nur feste die wüste Bege gegen die SPD., unter Beteiligung wie Hohnen, Kaufmanns usw. ein. Der Referent war im Wahne, daß die im Saale Verbliebenen alles Anhänger der SPD. sind. Er sollte aber eines anderen Beschlusses wert sein. Er schloß mit dem Schluß ein hoch ausströmendes, übertriebene ihn das Kieder. Da blieb dem Referent D. e. i. c. h. e. r. die Spude was, denn das hatte

Mansfelder Kreise

Die Großrörnerischen Sozialfaschisten in'ein

Wie ein hochmütiger SPD.-Würger sich zu drücken suchte

U.R. Die von der SPD. einberufene öffentliche Wählerversammlung war sehr gut besucht (rund 300 Personen). Mit großem Interesse verfolgten die Anwesenden die Ausführungen des Genossen W. i. l. l. e. r. der sehr gründlich das Thema: Wer soll regieren, Faschismus oder Kommunismus? behandelte. Da Sozialfaschisten und Bürgerliche schon vor dem Roten Kommunismus eine heillose Angst haben, so kann man verstehen, daß man brieflichen Auforderungen zum Besuch derartiger Versammlungen nicht nachkommt. Die größte Freiheit besitzt der Gemeindefretter W. o. l. f. r. a. m. Den Beweis bringt nachfolgender Brief. Er spricht für sich:

Großröhr, den 8. September 1930.

Wetter Herr Hülfer!

Von Ihrem Schreiben vom 6. d. M. betr. „Versammlung“ habe ich Kenntnis genommen. Für Ihre Lebenswürdigkeit danke ich bestens. Ich nehme zu Ihrer Entschuldigung an, daß Sie sich in der Adresse geirrt haben und diese Einladung für die Nationalsozialisten bestimmt war. Wenn Sie bei der Ausfertigung des Schreibens etwas überlegt hätten, so müßten Sie es sich eigentlich denken können, daß wir als Sozialisten an dem Thema „Diktatur ist die Lösung“ kein Interesse haben können. Es dürfte Ihnen bekannt sein, daß ein Sozialist wohl für die Demokratie, aber nicht für die Diktatur eintritt.

Weiter möchte ich Ihnen sagen, daß es wohl lässig ist, wenn man irgendeiner Person an einer Sache einladet, man eventuell um etwas bitten kann, aber niemals „fordern“. Vielleicht könnten Sie diesen Hinweis für später einmal gebrauchen.

Was mit Ihnen darüber zu unterhalten, wer von beiden Parteien eine arbeitserfreundliche Politik führt, lehne ich ab. Über meine persönliche Tätigkeit innerhalb der Arbeiterbewegung können sich wohl Ihre Parteigenossen, welche seit Jahren Erfahrung in der Bewegung haben, ein teilweises Urteil erlauben, aber niemals Leute, welche erst seit ca. zwölf Monaten wissen, daß es eine Arbeiterbewegung gibt.

Ich betrachte mit dieser Erklärung Ihr Schreiben dem genannten Tage als erledigt und überlasse es natürlich Ihnen, hiervon Gebrauch zu machen oder nicht.

Hochachtungsvoll  
Paul Wolfram.

Ein Blick auf die SPD.-Versammlung soll das Porträt dieses Sozialfaschisten ergänzen.

Am Dienstag, dem 9. September, fand im Lokal Schumann eine SPD.-Versammlung statt, zu welcher einhundertfünfzig der 50 SPD.-Anhänger 80 Personen erschienen waren. Als Referent war Schmidt, Bochum, Vorstandsmittglied vom Bergbau-Industrie-Verein, herbeigeholt worden. Thema: „Demokratie und Sozialismus“.

In der Diskussion sprach unter Genosse Halle, welcher sehr gut in der Lage war, zu beweisen, daß die Arbeiterklasse nur im Lager der Reformisten zu suchen sind. Als Genosse Halle die Redezeit überschritten hatte, wurden vom SPD.-Vorhingen Wölfer schlagische Methoden angewandt und gewalttätige Entfernung des Sprechers gefordert, welchen der anwesende Landhüter trotz Wölfers Anforderung nicht nachkam. So errieteten sich auch hier die Sozialfaschisten als reaktionärer wie die Landhüter.

Der „Rote Wähler“

ist Deine Zeitung.

Bestelle sie von jedem Zeitungstolportent.

Das Gaußpiel des Zirkus Busch in Wittenberg

Zirkus Busch hat am Montagabend seine Feuersprobe glänzend bestanden. Es war wie ein Auschnitt aus dem Märchenreich von Zauber und einer Nacht.

In den Ring kam Direktor Buschs gewaltige Kautschukfrau. Etwas, was man eigentlich noch nicht gesehen hatte: acht Löwen, zwei Eis-, zwei Kragenbären, zwei Dognen zu einer Familie vereinigt! Ganz abgesehen davon, daß sämtliche Tiere Praxistrennen aus ihrer Rolle sind, muß man mit Frauenn die Leistungen von verschiedener Charakterart erzielen hat.

Der bekannte Schultreier Rudolf Hilttemann führte einen brillanten Zaubervortrag vor, wie man ihn kaum besser gesehen hat. Die Reiterfamilie Sokolowski wird unübertreffliche Reiter, deren besondere Kunst das Saltomortale ist.

Alles in allem: ein reichhaltiges Programm, das in schneller Folge wechselt und jeden Zuschauer voll befriedigt. Der Besuch ist daher zu empfehlen, vorausgesetzt, daß es der Geldbeutel gestattet.

Kommunistischer Siegeszug in Mühlberg — Sozis und Nazis geschlagen

Wir sind die stärkste der Parteien

U.R. Die Reichstagswahl brachte für die SPD. einen vollen Erfolg. In der Stadt M ü h l b e r g erhöhte sich die Stimmenzahl der SPD. von 569 auf 711. Damit ist die SPD. die stärkste Partei geworden. Die SPD. erlitt eine verordnete Niederlage. Ihre 212 Stimmen schmolzen bis auf 174 zusammen. Die Nazis, die bei der letzten Wahl im Jahre 1929 577 Stimmen zählen konnten, erhielten nur noch 482.

Auch im ganzen Arbeitsgebiet ist ein sehr erheblicher Stimmenzuwachs zu verzeichnen. In allen Landorten erhöhten sich die SPD.-Stimmen. In Mühlberg eine Steigerung von rund 100 Prozent. Dort können wir 248 Stimmen verzeichnen. In C o h l s t e i n etwa 35 Prozent Zuwachs. Mit diesem Erfolg sind die Aufgaben für unsere Genossen und Parteiorganisation, die vor dem 14. September so ungeheuer groß

und vielfältig waren, längst nicht gelöst. Der 14. September verpflichtet uns vielmehr, härter als je für den Endkampf um ein freies sozialistisches Deutschland zu arbeiten.

Die Parteiorganisation des Arbeitsgebiets M ü h l b e r g kann sagen, daß sie in dem wichtigsten Geschäft des 14. Septembers bestanden hat, daß sie für die weiteren Etappen des Kampfes gegen den kapitalistischen Faschismus und seine national- und sozialfaschistischen Katalaen gut gerüstet ist.

Jetzt gilt es: Werbung für die SPD., Werbung für den „Klassenkampf“, Werbung für die revolutionären Massenorganisationen, Kommunisten, hinein in die Betriebe, stärkt und belebt die Zellen, baut die Betriebsgruppen der SPD. und die Betriebswehren aus! Alle Kräfte angepannt!

Sittlichkeitsverbrecher im Marineverein Eilenburg

Diese Blüte verehrt sich schwer an geistig und körperlich schwachen, kleinen Schulmädchen!

U.R. Eine feine Nummer scheint der ehemalige städtische Gewerkschafts-Mann, wohnhaft Hülferweg 1, strammes Mitglied des hiesigen Marinevereins, zu sein. S e h m a n n, der schon etwas 30 Jahre alt ist, hat sich schon seit längerer Zeit an kleinen Mädchen schwer vergangen. Darunter an dem eifrigen Vorträter eines hiesigen Innwidens, das geistig und körperlich sehr zurückgefallen ist. Der Müllling hat seine kleinen, bedauerlicherweise Opfer mit kleinen Geldstücken (Geld) an sich gelockt und dann seine Wollust an diesen armen Proletenkindern gestillt. Durch den Lehrer der kleinen Eifenjahren, dem die Missetaten des armen Kindes auffielen, kam die ganze Geschichte ans Tageslicht.

Der Unhold hatte den Kindern unter Drohungen, er werde sich nicht erheben oder anhängen, das Besprechen abgenommen, ihren Eltern nichts von diesen Schmeicheleien zu verraten. Unter anderen bestand sich auch das achtjährige Mädchen einer

Itzenhagenblüthenfamilie, ehemaliger Kirchenbediensteter und Kandidat der örtlichen Elternbeiratsliste, unter seinen Opfern, die antandlos ihr Kind, trotzdem sie wußten, daß Schumann unter diesem schweren Verdacht stand, dem Unhold zu kleinen Gefälligkeitsdiensten gern zur Verfügung stellten.

Die Polizei hat sich nun endlich, nachdem die Eltern das einen Mädchens die sofortige Festnahme verlangten, bereitgestellt, nachdem dem alten Säuber zu verdanken. Er wird, wie wir erfahren, nachdem die betr. Kinder heute ärztlich untersucht sind, nach Torgau transportiert werden.

Arbeitserkern! Am Sonntag, dem 21. September, findet erneut die Wahl zum Elternbeirat in der Stabschule statt. Vernt aus diesen Tatsachen, nehmt eure Kinder aus dem Religionsunterricht heraus, tretet an ihre Aus der Kirche und gebt am Sonntag eure Stimmen der Liste „Proletarischer Schulkampf“.

Weitere Einzelergebnisse der Wahl

Mansfeld-Sangerhausen

- Mugdorf.
SP. 143, SR. 203, NS. 114, sonst. bürgerl. Part. 159.
1929: SP. 87, SR. 355, NS. 14, sonst. bürgerl. Part. 178.
1928: SP. 115, SR. 338, NS. 24, sonst. bürgerl. Part. 181.
Besenstedt.
SP. 67, SR. 35, NS. 150, sonst. bürgerl. Part. 196.
1929: SP. 126, SR. 45, NS. 84, sonst. bürgerl. Part. 175.
1928: SP. 161, SR. 40, NS. 2, sonst. bürgerl. Part. 244.
Bühlrode.
SP. 129, SR. 64, NS. 169, sonst. bürgerl. Part. 113.
1929: SP. 123, SR. 44, NS. 57, sonst. bürgerl. Part. 147.
1928: SP. 155, SR. 54, NS. 3, sonst. bürgerl. Part. 217.
Burgörner.
SP. 782, SR. 430, NS. 504, sonst. bürgerl. Part. 504.
1929: SP. 538, SR. 453, NS. 321, sonst. bgl. Part. 464 (Kreistag).
1928: SP. 654, SR. 451, NS. 79, sonst. bgl. Part. 692.
Geiseltal.
SP. 423, SR. 283, NS. 305, sonst. bürgerl. Part. 219.
1929: SP. 279, SR. 422, NS. 236, sonst. bgl. Part. 130 (Kreistag).
1928: SP. 314, SR. 421, NS. 33, sonst. bgl. Part. 260.
Großröhr.
SP. 1099, SR. 496, NS. 562, sonst. bürgerl. Part. 555.
1929: SP. 624, SR. 539, NS. 320, sonst. bgl. Part. 563 (Kreistag).
1928: SP. 911, SR. 528, NS. 32, sonst. bgl. Part. 451.
Halsna.
SP. 1148, SR. 1532, NS. 879, sonst. bürgerl. Part. 1511.
1929: SP. 829, SR. 1503, NS. 299, sonst. bürgerl. Part. 1689.
1928: SP. 767, SR. 1829, NS. 128, sonst. bürgerl. Part. 1686.
Mansfeld mit Amt Weimabach.
SP. 219, SR. 342, NS. 338, sonst. bürgerl. Part. 423.
Oberniederröhr.
SP. 339, SR. 297, NS. 406, sonst. bürgerl. Part. 648.
1929: SP. 300, SR. 333, NS. 148, sonst. bürgerl. Part. 625.
1928: SP. 470, SR. 240, NS. 86, sonst. bürgerl. Part. 676.
Oberniederröhr.
SP. 289, SR. 138, NS. 105, sonst. bürgerl. Part. 198.
1929: SP. 252, SR. 142, NS. 55, sonst. bgl. Part. 133 (Kreistag).
1928: SP. 327, SR. 123, NS. 4, sonst. bgl. Part. 199.
Pölschen.
SP. 309, SR. 49, NS. 236, sonst. bürgerl. Part. 223.
1929: SP. 338, SR. 46, NS. 38, sonst. bürgerl. Part. 312.
1928: SP. 322, SR. 43, NS. 21, sonst. bürgerl. Part. 325.
Thondorf.
SP. 105, SR. 90, NS. 50, sonst. bürgerl. Part. 162.
1929: SP. 71, SR. 96, NS. 30, sonst. bgl. Part. 133 (Kreistag).
1928: SP. 87, SR. 89, NS. 2, sonst. bgl. Part. 169.
Wimmelburg.
SP. 366, SR. 353, NS. 226, sonst. bürgerl. Part. 299.
1929: SP. 283, SR. 416, NS. 19, sonst. bgl. Part. 428.
1928: SP. 384, SR. 426, NS. 9, sonst. bgl. Part. 354.

Bitterfeld-Wittenberg

- Burgellnäh.
SP. 85, SR. 79, NS. 40, sonst. bürgerl. Part. 120.
1929: SP. 26, SR. 109, NS. 6, sonst. bgl. Part. 174.
1928: SP. 35, SR. 110, NS. 2, sonst. bgl. Part. 150.
Gelpa.
SP. 133, SR. 105, NS. 88, sonst. bürgerl. Part. 116.
1929: SP. 144, SR. 133, NS. 9, sonst. bgl. Part. 151.
1928: SP. 135, SR. 124, NS. —, sonst. bgl. Part. 152.
Muldenteln.
SP. 97, SR. 117, NS. 38, sonst. bürgerl. Part. 74.
1929: SP. 82, SR. 129, NS. 3, sonst. bgl. Part. 93.
1928: SP. 76, SR. 139, NS. 2, sonst. bgl. Part. 75.
Petersroda.
SP. 314, SR. 100, NS. 55, sonst. bürgerl. Part. 174.
1929: SP. 139, SR. 116, NS. 5, sonst. bgl. Part. 176.
1928: SP. 225, SR. 92, NS. 4, sonst. bgl. Part. 151.
Ramsin.
SP. 353, SR. 240, NS. 57, sonst. bürgerl. Part. 129.
1929: SP. 267, SR. 235, NS. 8, sonst. bgl. Part. 150.
1928: SP. 273, SR. 209, NS. 1, sonst. bgl. Part. 107.
Rennerich.
SP. 83, SR. 62, NS. 29, sonst. bürgerl. Part. 66.
1929: SP. 67, SR. 67, NS. 3, sonst. bgl. Part. 98.
1928: SP. 69, SR. 64, NS. 3, sonst. bgl. Part. 91.
Zschornreuth.
SP. 600, SR. 600, NS. 179, sonst. bürgerl. Part. 388.
1929: SP. 335, SR. 725, NS. 54, sonst. bgl. Part. 380.
1928: SP. 432, SR. 598, NS. 9, sonst. bgl. Part. 339.

Muldenteln

- Merseburg-Querfurt
Querfurt.
SP. 1133, SR. 308, NS. 863, sonst. bürgerl. Part. 1257.
1929: SP. 976, SR. 307, NS. 192, Dm. 470, DSp. 130, Dem. 450, Wirtshp. 232, Ztr. 32, Christ-Unt. 40, Hausbes. 15, sonst. bgl. Part. 48.
1928: SP. 833, SR. 217, NS. 45, Dm. 604, Ztr. 35, DSp. 264, Dem. 549, Wirtshp. 137, sonst. bgl. Part. 48.
Röhlchen.
SP. 208, SR. 148, NS. 63, sonst. bgl. Part. 144.
Mampitz.
SP. 65, SR. 28, NS. 32, sonst. bgl. Part. 107.
Schladbach.
SP. 169, SR. 97, NS. 158, sonst. bgl. Part. 132.
Troschitz-Klein-Rempitz.
SP. 86, SR. 85, NS. 49, sonst. bgl. Part. 100.
Watterode.
SP. 127, SR. 80, NS. 56, sonst. bgl. Part. 92.

Mordversuch und Brandstiftung

Ein Bild von dem Verfall der bürgerlichen Familie

Im nahen Steigerthal ertönten morgens 3 Uhr Hilferufe aus dem Hause des Gattens B. Kaninger. Als der Nachbar in die Wohnung eintrat, sah er, wie Kaninger mit dem Beile auf seine Frau einschlug und sie würgte. Es gelang, den Unhold von seinem Opfer abzubringen. Gleichzeitig hatte B. im oberen Stockwerk des Hauses Feuer angelegt. Er war dabei sehr vorsichtig zu Werke gegangen, um zu verhindern, daß der Brand zu frühzeitig bemerkt wird. Durch die harte Rauchentwicklung konnte aber das Feuer noch rechtzeitig erlosch und nur der Feuerwehrgelicht werden. Die Ehefrau ist am Kopf und im Gesicht verletzt. Sie ist flüchtig und konnte bisher nicht gefasst werden. Sein Plan ist offenbar der gewesen, seine Frau umzubringen, das Haus in Brand zu stecken und dann Selbstmord zu begehen. Man nimmt an, daß er inzwischen den letzten Teil des Planes ausgeführt hat. Die Ursache der Tat soll in dem völlig gerrütteten Eheverhältnis zu suchen sein.

# Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH, Halle, Verdenstraße 14. Fernruf: 21048 (Red.); 21047 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung  
Der Rote Stern

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den cm Höhe und Spalte; 1 Mt. im Letztteil. Sanftleben des Sozialisten Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Telefonnummern: Leipzig 241 21, Halle-Merseburger Zeitungsverlag G. m. b. H., Halle. Druck: Friedrich Buchdruckerei G. m. b. H., Halle, Verdenstraße 14.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Mittwoch, 17. September 1930

10. Jahrgang \* Nr. 218

## Neuer Raubzug beginnt!

Bürgerblut-Regierung will Erwerbslosenunterstützungsdauer auf 16 Wochen herabsetzen — Diktatursteuern in Halle — Sozialfaschisten helfen den Räubern — Organisiert den Gegenstoß!

(Fig. Drahtim.) Berlin, 17. September.

In den Regierungsanstalten der Wilhelmstrasse werden jetzt fieberhaft die „Reformen“ ausgearbeitet, die schon am 14. Oktober dem neuen Reichstag vorgelegt werden sollen. Nach zuverlässigen Informationen entfallen diese „Reformen“

weitere radikale Verschlechterungen der Arbeitslosenversicherung. Es wird der ungeheure Plan erwogen,

die Unterstützungsdauer in der Arbeitslosenversicherung von 26 Wochen auf 16 zu verkürzen.

Damit soll das Defizit von 400 Millionen, das in der Arbeitslosenversicherung bis Ende dieses Jahres zu erwarten ist, auf einfache Art „eingespart“ werden.

### Wirth fordert bedingungslose Unterstützung des Bürgerbluts durch SPD.

(Fig. Drahtim.) Berlin, 17. September.

Zur Unterbrechung des Beschlusses der Weimarer-Regierung, nicht zurückzutreten und das Programm des Finanzkapitals durchzuführen, hat der „Zentrums-Republikaner“ Wirth im Rundfunk die SPD die Befehle der Trübsbourgeoisie übermitteln. Er weist darauf hin, daß nach der jetzigen Konstellation im Reichstag die derzeitigen Regierungsparteien in der Minderheit sind. Es fehlen an der Mehrheit 80 Stimmen, die Opposition ohne SPD verliere über 226 Mandate. Anknüpfend daran führte Herr Wirth wörtlich aus:

„Es genügt also nicht eine bloße Neutralität der Sozialdemokratie, die Annahme eines Nichtausstimmens zu verhindern. Ein Teil der Sozialdemokraten müßte mit der Regierung stimmen. Der Rest der Großen Koalition getiere noch lebend hat heute keinen Inhalt verloren. Mit der Wirtschaftspartei würden sie über eine knappe Mehrheit von 300 Mandaten verfügen. Je weniger über eine solche Koalition gesprochen wird, um so besser ist es.“

In seinen weiteren Ausführungen kündigte Wirth das Diktatur-Programm an und meinte: „Dann mögen sich die Kräfte der reinen Reaktion scheiden!“

Wirth fordert also nicht mehr und nicht weniger von der SPD, als die bedingungslose Unterstützung der Brünnings-Regierung, um an der Futterrippe sitzen zu dürfen.

### Diktatursteuern in Halle mit SPD-Hilfe

Halle, 17. September.

Wie wir schon gestern kurz mitteilen, hat der hallische Magistrat keine Einwürfe für die Einführung der Diktatursteuern ausgesprochen. Die Biersteuer wird mit 2,50 bis 7,50 Mt. pro Hektoliter festgesetzt und soll (da die Herren vom Magistrat selbst damit rechnen, daß die Arbeiter das Bier nicht mehr kaufen können und ein Konsumrückgang eintritt) einen Mehretrag von 300 000 Mt. ergeben.

Die Gemeindegrenzsteuern, die alle Getränke mit Ausnahme des Bieres trifft, wird statt der von der Brünnings-Diktatur vorgeschriebenen 5 Prozent auf 10 Prozent festgesetzt.

Die Regenersteuer beträgt für jeden, auch den armen, bis zu 8000 Mt. Jahreseinkommen 6 Mt. jährlich, während Leute mit 25 000 Mt. Jahreseinkommen nur 12 Mt. zu zahlen haben. Eine Erhöhung der Besitzsteuern wird vom Magistrat ausdrücklich abgelehnt, dagegen eine allgemeine Mehrwertsteuer durch Erhöhung der Grundbesitzsteuer in Ermägung gezogen.

Das gefürchte „Volksblatt“ deckt offen die Karten der Sozialfaschisten auf, die

in Halle so wie im Reich entschlossen sind, alle von ihnen vor der Wahl angehängt „bestimmte“ Diktaturmaßnahmen durchzuführen zu helfen.

„Durchgeführt werden müssen diese Beratungen, dagegen gibt kein Appell.“ Mit diesen Worten hatte das „Volksblatt“ schon am Montag auf den neuen Bericht vorbereitet. In der gefürchten Nummer wird nun ausdrücklich angedeutet, daß die Sozialdemokraten bereit wären, auf ein Angebot der Bürgerlichen hin

„die Biersteuer und die Getränkesteuer mit zu beschließen und dafür die Kopfsteuer gegen die Grundbesitzsteuer zu vertauschen. Die Kommunisten und jedenfalls auch die geistlos verwandten Nazis werden alles ablehnen und die Sozialdemokraten, falls diese es vorziehen sollten, auf das Angebot der Bürgerlichen eingehen und fast 9 Mt. Regenersteuer eine Mittelhöhung von etwa 5 Mt. im Jahre zu bewilligen, Vertreter schloßen.“

Daß die Kommunisten jede Befragung der wertvollen Massen ablehnen, ist klar. Wie die Nazis stimmen werden, wissen wir

nicht — sollten sie aus demagogischen Gründen „gegen“ die Magistratsvorlage sein, so wird ihnen, die in Thüringen die Regenersteuer eingeführt haben, kein denkbarer Mensch glauben, daß sie es im Ernst tun. Über wesentlich ist, daß das „Volksblatt“ bereits offen darauf vorbereitet, daß

die Sozialfaschisten Massenstreifen bewilligen und eine etwaige Zurückziehung der Regenersteuer mit einer Mittelversteuerung für die Proleten beantwortet werden.

Die Knechte des Kapitals können nichts anderes tun. Der Profit des Kapitals ist ihnen so heilig wie irgend einer an deren Ausbeuterpartei. Also müssen die Proleten bloß sein. Und für die Broden, die vom Tische der Bourgeoisie für die Sozial-

Die Durchführung des

Abstimmungen gegen

sten, Kleingewerbe-  
recht, zur Vermeide-  
ungserfahren.

ungeroffenheit des  
ur in den Betrie-  
fann. Und wir  
onen Arbeiter am  
diesen Gegenstoß

erbslosen muß das  
n. Im gemeinamen

organisierte roter

gehen, müssen sie  
der Erwerbslosigkeit

rganisieren.

alle Verfertigten  
age der Steuer-  
ämpfung von Lohn-  
strabzuges

Um diesen Streik vorzubereiten, müssen alle Be-

geschäften, insbesondere aber die der Braukosten-,  
Gemischen und keramischen Industrie, die von den  
sehen Oppositionsforderungen aufgestellten Forderungen  
durchzuführen und

Delegierte zu einer neuen, am 28. September in Halle  
haltenden Industriegruppensitzung wählen, die die  
zur Vorbereitung und Auslösung des Streiks not-  
wendigen Maßnahmen beraten soll.

### „Streik ist Verbrechen“ erklärt der Sozialfaschist Walter

In der letzten Betriebsratsversammlung des Lenas-Werks kam es zu scharfer Auseinandersetzungen der Oppositionsvorleiter mit dem sozialfaschistischen Betriebsratsvorsitzenden Walter, gegen den die revolutionäre Opposition ein Nichtausstimmens mitgebracht hatte. Walter wurde in der Vertreibung seines Standpunktes offenberichtig und erklärte, die Salbung der revolutionären Opposition und des „Klassenkampf“ zur Verewigung der Arbeiter für ein Verbrechen, weil ein Streik doch „Tatbestand“ sei und „das Heer der Arbeitslosen vermehren“ müßte. Die Sozialfaschisten sind also so weit, offen die Arbeiterkraft zur widerstandslosen Duldung aller Raubzüge des Kapitals aufzufordern!

Die Tatsachen haben auch in der Wahlversammlung der revolutionären Opposition recht gegeben. Nur dadurch, daß die Kampfrage gestellt und durch den „Klassenkampf“ die Gesamtarbeiterkraft auf die ungeheure Bedeutung einer — je selbst teilweisen — Streikbewegung im Lenas-Werk hingewiesen wurde, wurde die Diktation unter solchen Druck gestellt, daß sie sich gezwungen sah, den Streik für ein Verbrechen zu erklären. Aber Walter aber hat selbst bei seinen eigenen Genossen bereit abgemiraculiert, daß er in der Arbeiteratmosphäre über deren Verstand der demagogischen „Reinwaschung“ ausreichte (siehe Bericht) in der Mitarbeit über und nur durch offene Erklärung eine angelegliche Stimmengleichheit über das Nichtausstimmens ausgemogeln konnte.

### Unser Wahlsieg und der Kampf gegen den Faschismus

Vom Jk. der KPD. wird uns geschrieben:

Das wichtigste Ergebnis der Reichstagswahlen vom 14. September, die entscheidende Tatsache für den ganzen weiteren Verlauf des Klassenkampfes in Deutschland, ist der Wahlsieg der Kommunistischen Partei. Mehr als 4 1/2 Millionen Wähler haben für die KPD gestimmt, mehr als 1,3 Millionen sind in den zwei Jahren seit den letzten Reichstagswahlen für die Forderungen der Kommunistischen Partei neu erobert worden. Wir haben 22 neue Mandate erobert und sind zur kritischsten Partei in Deutschland geworden.

Noch klarer zeigt sich das Ausmaß unseres Sieges, wenn man die Ergebnisse in den einzelnen Großstädten und Wahlkreisen betrachtet. Das rote Berlin hat nicht nur einen Sieg, sondern geradezu einen überwältigenden Sieg über die Sozialdemokratie, die Faschisten und alle anderen bürgerlichen Parteien errungen. Zum ersten Male seit dem Verheer der KPD sind wir die größte Partei in Berlin. Die Kommunisten haben in der Hauptstadt Deutschlands, am Sitz der Regierungsmacht, die Sozialdemokratie um 1000 Stimmen überflügelt. 1928 besaß die Sozialdemokratie 816 196 Stimmen in Groß-Berlin, heute nur noch 737 821. Vor 2 1/2 Jahren erhielten wir 611 317 Stimmen, am 14. September 1930 hingegen wir auf 738 986 Stimmen. Im engeren Wahlkreis Berlin haben wir die Sozialdemokratie um 60 000 Stimmen geschlagen, die Kommunistische Partei erhielt dort 33 Prozent aller Stimmen: jeder dritte Berliner Wähler ist ein kommunistischer Wähler.

Lehrreiche Erfolge haben wir in mehreren anderen Gebieten Deutschlands zu verzeichnen. Ganz besonders im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in Oberschlesien, in Mitteldeutschland, in Sachsen, wo wir um mehr als 33 Prozent gewachsen sind. Gleichzeitig sehen wir aber auch außerhalb der wichtigsten Wahlkreise einen glänzenden Vormarsch der Kommunistischen Partei, in solchen häuerlich-landwirtschaftlichen Gebieten wie Frankfurt a. O., wo wir von 49 000 auf 84 000 Stimmen stiegen, in Kormern, wo wir von 54 000 auf 81 000 Stimmen stiegen, in Oberbayern, wo wir von 50 000 auf 81 000 stiegen. Besonders charakteristisch ist es daß wir überall gewonnen, und zwar außerordentlich stark gewonnen haben. Es gibt keinen Wahlkreis, wo die KPD diesmal Stimmen verloren hätte.

Das Hauptergebnis der Wahl ist ein fürstlicher, auf allen Fronten gleichzeitiger Vormarsch der Kommunistischen Partei in ganz Deutschland. Das ist

eine großartige Bestätigung unserer Einschätzung der politischen Situation.

Die Radikalisierung der Arbeiterklasse macht uns geheure Fortschritte. Die verarmten ausgeplünderten Massen der wertvollen Bevölkerung wenden sich der Kommunistischen Partei zu. Uns kommt es nicht auf die Mandate im Parlament an, sondern auf das einseitige revolutionäre Mandat, das wir anerkennen und erheben: das Vertrauen, die Zustimmung, die glänzende Sympathie von Millionen Werktätigen, die sich zu den bolschewistischen Lösungen des Lenas-Werks.

Dieses Ergebnis kann durch den großen, zahlenmäßigen Erfolg der Faschisten in keiner Weise beeinträchtigt werden. In einer Situation des schärfsten Klassenkampfes wie das deutsche Volk in den Ketten der Young-Planerei kämpft, wo Hunger und Elend durch alle Gassen zieht, ist es unvorstellbar,

daß alle Kräfte der Gesellschaft sich mehr und mehr um zwei feindliche Lager zusammenschließen:

das Lager des Faschismus und das Lager der proletarischen Revolution. Alle „traditionellen“ bürgerlichen Parteien — mit Ausnahme des Zentrums, das seine Anhänger diesmal noch durch das kirchlich-religiöse Opium betäuben konnte — haben eine katastrophale Niederlage erlitten; einige von ihnen sind vollständig von der Bildfläche verschwunden. Die ehemaligen Wähler dieser Parteien wurden durch die Nationalsozialisten aufgefangen. Gleichzeitig gelang es der Hitler-Partei, über die bisherige Unabhängigkeit der bürgerlichen Parteien hinaus, neue Wählermassen zu erlangen. Da Deutschland in seiner erdrückenden Mehrheit aus Werktätigen zusammengesetzt ist, entfallen selbstverständlich auch die heutigen Wähler der Faschisten in der Mehr-